



Geschäftsführung
Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren

Frau Rieckborn

Telefon: (0221) 27467

Fax: (0221) 27447

E-Mail: Alexandra.Rieckborn@STADT-KOELN.DE

Datum: 31.05.2021

Niederschrift

über die **3. Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2020/2025 am Donnerstag, dem 15.04.2021, 15:30 Uhr bis 18:20 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

INFEKTIONSSCHUTZ: Aufgrund der Mindestabstände stehen weniger Plätze für die Gremienmitglieder und Öffentlichkeit zur Verfügung. Bitte melden Sie sich unbedingt vorab bei der Schriftführung an!

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE
Herr Michael Paetzold	SPD
Frau Ursula Gärtner	CDU
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Herr Floris Rudolph	GRÜNE
Frau Dilan Yazicioglu	GRÜNE
Frau Cornelia Schmerbach	Auf Vorschlag von SPD
Frau Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Thomas Welter	CDU
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE
Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Jennifer Glashagen	Volt

Beratende Mitglieder

Frau Nele Werrmann	Auf Vorschlag der AfD-Fraktion
Herr Dr. John Akude	KLIMA FREUNDE
Frau Monika Dierksmeier	auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Horst Ladenberger	Auf Vorschlag der Grünen
Herr Dietmar Ciesla-Baier	Auf Vorschlag der SPD
Herr Friedrich-Wilhelm Hilgers	Auf Vorschlag der SPD

Frau Lena Teschlade	Auf Vorschlag der SPD
Herr Dieter Gruner	Auf Vorschlag der CDU
Herr Benedikt Lieffertz	Auf Vorschlag der FDP
Frau Sieglinde Eich-Ganske	Auf Vorschlag von Volt
Herr Jan Schlagenhauf	Auf Vorschlag von GUT
Herr Markus Johannes	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Kreisgruppe Köln e.V.
Herr Peter Krücker	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Herr Jörg Zeyßig	Diakonisches Werk Köln und Region gGmbH
Frau Felicitas Vorpahl-Allweins	Seniorenvertreterin der Stadt Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Carine Weber	Auf Vorschlag des Integrationsrats dirim	Vertretung für Frau Yildirim
-------------------	---	------------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Frau Birgit Beate Dickas	Die PARTEI entschuldigt	
Frau Jutta Eggeling	Auf Vorschlag der Grünen	entschuldigt
Frau Monika Reisinger	Auf Vorschlag der Grünen	entschuldigt
Herr Taner Erdener	CDU	entschuldigt
Herr Markus Peters	Auf Vorschlag der CDU-Fraktion	
Herr Klaus Roth	Auf Vorschlag der Linken	entschuldigt
Herr David Klapheck	Synagogengemeinde Köln Alina-Toyah Schiller (mit Zustimmung des Gremiums)	entschuldigt- vertreten durch
Frau Aylin Yildirim	Auf Vorschlag des Integrationsrates durch Frau Weber	entschuldigt - vertreten

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Eva-Maria Hefner	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband e.V.
Frau Tatjana Puris	Synagogengemeinde Köln
Herr Wolfgang Schäfer	Deutsche Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.
Frau Martina Schönhals	Diakonisches Werk Köln und Region gGmbH
Herr Christof Wild	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Kreisgruppe Köln e.V.
Herr Heiko Nigmann	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Herr Ausschussvorsitzender RM Bauer-Dahm eröffnet die 3. Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren in der Wahlperiode 2020/2025 um 15:30 Uhr und begrüßt die Mitglieder des Gremiums, die Vertreter*innen der Verwaltung, die Presse und die Besucher*innen.

Für die Verwaltung anwesend: **Herr Beigeordneter Dr. Rau**, Dezernent für Soziales, Umwelt, Gesundheit und Wohnen, **Frau Dr. Robinson**, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren, **Herr Ludwig**, Amt für Wohnungswesen, **Frau Würker**, Geschäftsführerin Jobcenter Köln, **Herr Oster**, Amt für Integration und Vielfalt, **Frau Gunia-Hennecken**, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, **Herr Thele**, Kulturamt, **Herr Schlanstedt**, V/3.

Herr Ausschussvorsitzender RM Bauer-Dahm erläutert zu Beginn, dass Herr Klapheck und seine Vertreterin Frau Puris von der Synagogen-Gemeinde heute nicht an der Sitzung teilnehmen könnten, stattdessen sei die Vertretung aus der Synagogen-Gemeinde Frau Schiller anwesend. Nach Rücksprache mit dem Sitzungsdienst dürfe Frau Schiller an der Sitzung mit Rederecht teilnehmen, wenn das Gremium zustimme.

Er lässt über die Teilnahme als Ausnahmeregelung für die heutige Sitzung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Bevor in die Debatte über die Tagesordnung eingestiegen wird, lässt er über die organisatorischen TOP abstimmen:

A. Bestellung einer Schriftführerin im Ausschuss Soziales und Senioren

1726/2020

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren bestellt für die Dauer der Wahlperiode 2020 bis 2025 Frau Alexandra Rieckborn zur Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

B. Verpflichtung der sachkundigen Einwohner*innen.

Folgende sachkundige Einwohner*innen werden vom Vorsitzenden verpflichtet:

Herr Ladenberger, Frau Dierksmeier, Herr Intveen, Frau Linne, Frau Volland-Dörmann, Herr Schlangenhaut, Frau Eich-Ganske, Herr Zeyßig, Herr Gruner, Herr Ruda, Herr Johannes, Frau Weber, Herr Ciesla-Baier, Herr Hilgers, Frau Teschlade, Frau Vorpahl-Allweins, Herr Liefferz.

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm weist auf die Hinweise zum Infektionsschutz hin und bittet eindringlich die Redebeiträge auf das Nötigste zu beschränken, sich kurz zu fassen und auch nur zum jeweiligen Thema zu sprechen.

Des Weiteren bittet er im Namen der Verwaltung, mündliche Anfragen und auch mögliche Nachfragen möglichst verschriftlicht innerhalb von 5 Werktagen bei Frau Rieckborn einzureichen. Ebenso wird darum gebeten, die Fragen von einer Fraktion oder Gruppe zu bündeln und diese gesammelt einzureichen.

Im Sinne einer möglichst ergonomischen Sitzungsführung schlägt er vor, die Punkte auf der Tagesordnung **ab TOP 10 en bloc** zur Kenntnis zu nehmen.

Folgende Beschlussvorlage sollte in der heutigen Sitzung beschlossen werden, vorbehaltlich, dass die vorberatenden BVen ebenfalls unverändert zustimmen würden. Hier gebe es zudem noch einen Änderungsantrag von der FDP Fraktion:

4.1 *Geschäftsordnung für die Gremien der Seniorenpolitik der Stadt Köln*
3159/2020

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0788/2021

Darüber hinaus wünscht er folgende Mitteilungen in die nächste Sitzung am 27.05.2021 zu schieben:

14.16 *Vorstellung des zweiten Berichts zur Kommunalen Pflegeplanung der Stadt Köln nach dem Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW)*
0946/2021

14.18 *Bericht zu Sexarbeit und spezifischen Hilfsangeboten für Sexarbeitende in Köln 2021*
1347/2021

Frau RM Gärtner wirft ein, dass sie zu **TOP 14.16** noch eine Anmerkung hätte und ihn somit nicht sofort schieben möchte.

Frau RM Yazicioglu wünscht folgenden TOP in die nächste Sitzung zu schieben:

9.1 *31. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln*
0980/2021

Des Weiteren schlägt **Herr Vorsitzender Bauer-Dahm** vor, dass folgende TOPs zusammen behandelt werden sollten:

7.1 *Förderung von Wohnraum mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahr 2020 und Ausblick auf 2021*
0214/2021

und

7.4 *Änderungen der Wohnraumförderung 2021*
1027/2021

sowie

7.3 *Halbjahresbericht zur Zweckentfremdung von Wohnraum in Köln*
0769/2021

und

7.5 *Wohnraumstärkungsgesetz NRW erfordert Anpassung der Kölner Wohnraumschutzsatzung*
1176/2021

Die Fraktion Die Linke wünsche die gemeinsame Behandlung von folgenden TOPs:

3.1 *Eine Armutskonferenz für Köln – ein Leben in Teilhabe für alle!*
AN/1158/2020

und

5.4 *Kölner Lebenslagenbericht*
0615/2020

sowie

3.4 *Antragsstau beim Wohngeld beenden*
AN/0272/2021

und

11.3 *Anfrage der Ratsgruppe GUT: Personelle Besetzung Wohngeldstelle*
AN/0046/2021

sowie

7.6 *Umbau der Unterbringungseinrichtung Herkulesstraße*
0902/2021

und

10.1 *Unterbringung in abgeschlossenen Wohneinheiten*
AN/0479/2021

Weiterhin wünsche die Fraktion Die Linke eine **kurze** Behandlung folgender TOPs:

10.2 *Reichweite des Köln-Passes*
AN/0575/2021

11.5 *Anfrage der Fraktion Die Linke.: Kürzungen bei den Kosten der Unterkunft in Köln*
AN/0027/2021

14.12 *Mittelbewirtschaftung im Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) Sachstand 2020*
0917/2021

Herr RM Paetzold weist darauf hin, dass der von der SPD-Fraktion eingebrachte Antrag unter

3.3 *Leerstehendes Pascha zur Unterbringung von wohnungslosen Menschen nutzen*
AN/0268/2021

bereits im Hauptausschuss behandelt und abgelehnt worden sei. Dieser Antrag habe sich erledigt. Trotzdem möchte er darauf aufmerksam machen, dass die Unterbringung von Menschen in Wohnungslosigkeit in Köln nicht ausreichend geklärt sei.

Unter

3.2 *Besserer Schutz von Menschen in der Prostitution und Förderung von Ausstiegsmöglichkeiten (Ersetzungsantrag zu AN/1090/2019)*
AN/1588/2019

werde seit 2019 ein Antrag der SPD-Fraktion mitgeführt. Hier habe es einen Vorschlag gegeben, dass dieser zurückgestellt werden solle, bis die Verwaltung einen Bericht vorlegt. Dieser liege jetzt unter **TOP 14.18** vor, könne aber aufgrund der Kurzfristigkeit noch nicht gelesen werden. Er weist darauf hin, dass der Ausschuss sich auch darauf geeinigt habe, dass dieser Antrag durch ein Fachgespräch erledigt werden könne. Wenn die Verwaltung die Zusage eines Fachgespräches heute in der Sitzung bestätigen könne, sei die SPD-Fraktion bereit diesen Antrag zurück zu ziehen.

Frau RM Heuser schlägt vor, dass **TOP 3.2.** und **14.18** in die nächste Sitzung zu schieben, da der Fachbericht nun vorliege. Dann könne nochmal der Vorschlag mit dem Fachgespräch gemacht werden, falls es dann noch für nötig gehalten werde.

Herr RM Paetzold stimmt dem zu.

Frau RM Hoyer wünscht folgenden TOP ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu schieben:

5.7 *Fortsetzung der Gemeinwesenarbeit in den bestehenden Quartieren auf der Basis des neu entwickelten Förderprogramms*
0949/2021

Frau RM Gärtner wirft ein, dass die CDU-Fraktion **TOP 5.7** gerne ohne Votum in das nachfolgende Gremium schieben würde und weist darauf hin, dass der Finanzausschuss in den nachfolgenden Gremien nicht aufgeführt sei, dies aber der CDU-Fraktion wichtig sei. Zudem möchte sie gerne zu folgendem TOP eine kurze Anmerkung machen:

14.7 *Wahl der Seniorenvertretung der Stadt Köln 2021*
0353/2021

Herr RM Paetzold meldet Beratungsbedarf zu folgendem TOP an:

4.4 *Förderprogramm "Dritte Orte"*
0022/2021

Frau RM Heuser fragt nach, ob dieser TOP auch ohne Votum in die nachfolgenden Gremien geschoben werden könne.

Herr RM Paetzold erwidert, dass er damit einverstanden sei, möchte aber auch zu dem TOP etwas sagen.

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm schlägt vor, den TOP zu besprechen und dann zu schieben.

Er gibt das Wort an Herrn Intveen.

Herr SE Intveen stellt sich kurz vor und erklärt, dass er alle hören, aber keinen sehen könne und macht auf folgende Punkte aufmerksam:

1. Die Dokumente seien überwiegend nicht den Standards entsprechend, so dass Blinde und Sehbehinderte damit einwandfrei arbeiten könnten. Die Art der Technik und die Qualität der Dokumente würden ihn vor erhebliche Anforderungen stellen, um sich mit dem Material zu beschäftigen. Er bittet darum, dass hier weitergedacht werde und im Sinne einer Barrierefreiheit Dokumente entsprechend vorbereitet werden sollten.
2. Er kenne dies auch aus anderen Gremien, aber werde nicht müde darauf aufmerksam zu machen: Er fände es unangenehm, dass der Ausschuss mit Informationen versorgt werde, die erst in den Stunden vor der Sitzung einlaufen würden. Mit diesen Informationen könne man sich so nicht mehr beschäftigen. Insofern bittet er darum, dass alle dies in ihre Gremien mitnehmen sollten, damit eine bessere Disziplin entstehe und die Unterlagen rechtzeitig kämen.
3. Er bittet darum, dass das Gremium die Tagesordnungen mit den Ziffern und den Betreff benenne, da er auf die Schnelle die Punkte nicht finden könne.

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm bedankt sich und nimmt den letzten Punkt für sich mit auf. Er stimme dem 2. Punkt zu und äußert den Wunsch, dass die Verwaltung dieser Bitte folgen möge.

Der Ausschuss Soziales und Senioren stimmt dem Verfahrensvorschlag und der so geänderten Tagesordnung zu.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- A. Mündlicher Bericht über aktuellen Sachstand zur SARS-CoV-2-Pandemie und die Auswirkungen auf vulnerable Personengruppen

1 Gleichstellungsrelevante Themen

- 1.1 Corona-Pandemie: Auswirkungen auf die Gleichstellung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen
2645/2020

2 Integration und Vielfalt

2.1 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

2.1.1 „Das ist alles unsere Lebenszeit. Ältere Lesben und Schwule in der Corona-Krise“; eine Publikation des rubicon e.V.
1222/2021

2.2 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

2.3 Inklusionsbericht 2019
2285/2020

2.4 Abschlussbericht der EHAP-Projekte ALVENI links und ALVENI rechts vom Rhein
1204/2021

2.5 ZMI - Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration: Kölner Sprachfest 2021 und Publikationen
0963/2021

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

3.1 Eine Armutskonferenz für Köln – ein Leben in Teilhabe für alle!
AN/1158/2020

Stellungnahme zum Antrag unter TOP 3.1: Eine Armutskonferenz für Köln – ein Leben in Teilhabe für alle (AN/1158/2020)
1406/2021

3.2 Besserer Schutz von Menschen in der Prostitution und Förderung von Ausstiegsmöglichkeiten (Ersetzungsantrag zu AN/1090/2019)
AN/1588/2019

3.3 Leerstehendes Pascha zur Unterbringung von wohnungslosen Menschen nutzen
AN/0268/2021

3.4 Antragsstau beim Wohngeld beenden
AN/0272/2021

4 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1 Geschäftsordnung für die Gremien der Seniorenpolitik der Stadt Köln
3159/2020

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0788/2021

4.2 Anerkennung eines neuen Interkulturellen Zentrums in Köln: "23 Nisan e.V."
3630/2020

4.3 Dringlichkeitsentscheidung: Zuschüsse aus dem Konzept "Wir im Quartier - Struktur- und Beschäftigungsförderung im Stadtviertel"
hier: Maßnahmenbewilligungen 2021
3112/2020/1

4.4 Förderprogramm "Dritte Orte"
0022/2021

5 Ausschussempfehlungen an den Rat

5.1 Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“
3704/2020

5.2 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich-geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Deutzer Weg o. Nr., 51143 Köln-Porz-Mitte, Gemarkung Porz, Flur 2, Flurstück 3304 - Baubeschluss
2440/2020

5.3 Erweiterung des bisherigen Projektes „Bleibereichtsperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln“ zum Programm „Bleibeperspektiven in Köln“
3534/2020

5.4 Kölner Lebenslagenbericht
0615/2020

5.5 Ausschreibung eines Rahmenvertrages über die Lieferung von Elektrogeräten für Leistungsbeziehende aus den Rechtskreisen des SGB II, SGB XII und AsylbLG sowie für die Einrichtungen des Amtes für Wohnungswesen
0975/2021

5.6 Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement“
hier: Umsetzung der Förderbausteine 1 und 2
1004/2021

5.7 Fortsetzung der Gemeinwesenarbeit in den bestehenden Quartieren auf der Basis des neu entwickelten Förderprogramms
0949/2021

6 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

6.1 Förderkonzept Kulturelle Teilhabe
0517/2021

7 Wohnen

7.1 Förderung von Wohnraum mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahr 2020 und Ausblick auf 2021
0214/2021

- 7.2 Kölner Statistische Nachrichten 11/2020
Mietbelastung in Köln -
Über die Entwicklung der Mietbelastung auf dem Kölner Wohnungsmarkt
3692/2020
- 7.3 Halbjahresbericht zur Zweckentfremdung von Wohnraum in Köln
0769/2021
- 7.4 Änderungen der Wohnraumförderung 2021
1027/2021
- 7.5 Wohnraumstärkungsgesetz NRW erfordert Anpassung der Kölner Wohnraumschutzsatzung
1176/2021
- 7.6 Umbau der Unterbringungseinrichtung Herkulesstraße
0902/2021
- 8 Jobcenter Köln**
- 8.1 Bericht des Jobcenter Köln - Stand April 2021
1132/2021
- 8.2 Bericht des Jobcenter Köln - Stand Februar 2021
0550/2021
- 9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln**
- 9.1 31. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln
0980/2021
- 9.2 Jahresbericht 2020 der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln
1207/2021
- 10 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10.1 Unterbringung in abgeschlossenen Wohneinheiten
AN/0479/2021
- Beantwortung der Anfrage: Unterbringung in abgeschlossenen Wohneinheiten
1015/2021
- 10.2 Reichweite des Köln-Passes
AN/0575/2021
- Beantwortung der Anfrage: Reichweite des Köln-Passes (AN/0575/2021)
1301/2021
- 10.3 Anfrage zur Ausbildung von Menschen mit Schwerbehinderung bei der Stadt Köln
AN/0666/2021

- 10.4 Anfrage zum Sachstand zur Umsetzung des Beschlusses zur Einrichtung eines Runden Tisches Pflege
AN/0734/2021
- 10.5 Beantwortung zum Thema: Schaffung eines Bau-, Qualitäts- und Ausstattungsstandards im konventionellen Wohnungsbau durch das Amt für Wohnungswesen
0359/2021
- 11 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen**
- 11.1 Anfrage von der SPD Fraktion: Häusliche Gewalt im Corona-Herbst: Maßnahmen zur Umsetzung der Istanbul-Konvention
AN/1504/2020
- Beantwortung der Anfrage: Häusliche Gewalt im Corona-Herbst: Maßnahmen zur Umsetzung der Istanbul-Konvention (zu AN/1504/2020)
0047/2021
- 11.2 Anfrage der Fraktion Volt: Winterhilfe und Schlafstätten für wohnungslose Menschen
AN/1521/2020
- Beantwortung der Anfrage: Winterhilfe und Schlafstätten für Wohnungslose Menschen (AN/1487/2020)
0052/2021
- Beantwortung der mündlichen Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Beantwortung der Anfrage Winterhilfe und Schlafstätten für Wohnungslose Menschen (AN/1487/2020)
0742/2021
- 11.3 Anfrage der Ratsgruppe GUT: Personelle Besetzung Wohngeldstelle
AN/0046/2021
- Beantwortung der Anfrage: Personelle Besetzung Wohngeldstelle
0092/2021
- 11.4 Anfrage der SPD Fraktion: Armut in Corona-Zeiten: Obdachlosigkeit, drohender Wohnungsverlust, Zwangsräumungen, Beschäftigungsentwicklung, ALG-II-Beantragungen
AN/1503/2020
- Beantwortung der Anfrage: Armut in Corona-Zeiten: Obdachlosigkeit, drohender Wohnungsverlust, Zwangsräumungen, Beschäftigungsentwicklung, ALG II-Beantragungen (AN/1503/2020)
0044/2021
- 11.5 Anfrage der Fraktion Die Linke: Kürzungen bei den Kosten der Unterkunft in Köln
AN/0027/2021
- Beantwortung der Anfrage: Kürzungen bei den Kosten der Unterkunft in Köln (Anfrage der Fraktion Die Linke AN/0027/2021)
0306/2021

Beantwortung der Nachfrage von Bündnis 90 Die Grünen zur Beantwortung: Kürzungen bei den Kosten der Unterkunft (Nachfrage zu 0306/2021 aus TOP 11.5 der Sitzung am 25.02.2021)
0760/2021

11.6 Beantwortung einer mündlichen Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen: Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden, Baubeschluss (1898/2020)
0264/2021

11.7 Beantwortung der mündlichen Fragen von Volt zu TOP 1.1: Corona-Pandemie: Auswirkungen auf die Gleichstellung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen aus der Sitzung vom 14.01.2021
0642/2021

11.8 Beantwortung der mündlichen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Inklusionsbericht 2019
0633/2021

11.9 Beantwortung der mündlichen Anfrage der SPD-Fraktion zum Inklusionsbericht 2019 (2285/2020)
1130/2021

11.10 Beantwortung der mündlichen Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 3.4 und TOP 14.5 zur abgesagten Sitzung vom 25.02.2021
0745/2021

11.11 Beantwortung von Anfragen zur Vorlage "Inklusionstaxen in Köln" DSNr. 1098/2020 aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 28.05.2020
1011/2021

11.12 Beantwortung der Nachfrage von der SPD zu TOP 9.1. der 01. Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 14.01.2021 - 30. Bericht zur Situation Geflüchteter (3305/2020)
1266/2021

11.13 Beantwortung der Fragen von der SPD zu TOP 11.1 der 01. Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 14.01.2021 - Beantwortung der Anfrage Wohnungslosigkeit zielgruppenorientiert und bedarfsgerecht entgegenwirken (3672/2020)
1273/2021

12 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

13 Mündliche Anfragen

14 Mitteilungen

14.1 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2021"
0153/2021

14.2 Jahreszahlen zur Versorgung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) in 2020 in der Stadt Köln
0186/2021

- 14.3 Standards für barrierefreie Spielplätze
3561/2020
- 14.4 Verteilung von Mitteln zur Förderung anerkannter Interkultureller Zentren in 2021
0374/2021
- 14.5 Neuer Kölner Mietspiegel (Stand: Februar 2021)
0469/2021
- 14.6 Aktualisierte Dokumentation zur Anpassung der Angebote/Programme der offenen Seniorenarbeit an die Corona-Pandemie - Gemeinsame Darstellung der AG der Spitzenverbände der freien Wohlfahrt Köln mit der Sozialbetriebe-Köln gGmbH
0486/2021
- 14.7 Wahl der Seniorenvertretung der Stadt Köln 2021
0353/2021
- 14.8 Respektvoll, diskriminierungsfrei und zugewandt: Leitfaden für eine wertschätzende Kommunikation bei der Stadt Köln
0409/2021
- 14.9 Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Abschiebungen ausreisepflichtiger Personen im Jahr 2020
0661/2021
- 14.10 Evaluierungsbericht des Sachstandsbericht der Stadt Köln zum 10-Punkte-Aktionsplan der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus
0632/2021
- 14.11 Wegweiser "Selbsthilfegruppen in Köln" Ausgabe 2020
3387/2020
- 14.12 Mittelbewirtschaftung im Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) Sachstand 2020
0917/2021
- 14.13 Sachstandsmitteilung Kriminalprävention
0692/2021
- 14.14 Aktueller Sachstand zum städtischen Projekt HappyToilet
3136/2020
- 14.15 Projekt Integrationslots*innen - hier: neuer Träger In-Haus e.V.
0237/2021
- 14.16 Vorstellung des zweiten Berichts zur Kommunalen Pflegeplanung der Stadt Köln nach dem Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW)
0946/2021
- 14.17 Landesprogramm "Guter Lebensabend NRW"
1321/2021

- 14.18 Bericht zu Sexarbeit und spezifischen Hilfsangeboten für Sexarbeitende in Köln 2021
1347/2021

II. Nichtöffentlicher Teil

- 15 **Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 16 **Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 17 **Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 18 **Ausschussempfehlungen an den Rat**
- 19 **Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 20 **Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen**
- 21 **Aktuelle Anfragen und Beantwortungen**
- 22 **Mündliche Anfragen**
- 23 **Mitteilungen**

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm gibt vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort an Herrn Beigeordneten Dr. Rau.

Herr Beigeordneter Dr. Rau bedankt sich und führt an, dass er im letzten Termin eine Aufforderung vom Ausschuss zur Umbenennung des Ausschusses mitgenommen habe. Die Umbenennung beziehe sich darauf, dass im Namen alle Geschlechter gemeint werden, insbesondere Senioren und Seniorinnen. Die Recherche der Verwaltung habe nun ergeben, dass eine Umbenennung nicht über die Verwaltung laufen könne, sondern dieser Beschlussvorschlag über die Politik erfolgen müsse.

Zudem möchte er ganz kurz zu Beginn des öffentlichen Teils den Ausschuss über die Pandemie im Hinblick auf soziale Themen informieren.

I. Öffentlicher Teil

A. Mündlicher Bericht über aktuellen Sachstand zur SARS-CoV-2-Pandemie und die Auswirkungen auf vulnerable Personengruppen

Herr Beigeordneter Dr. Rau erläutert den aktuellen Sachstand zur SARS-CoV-2-Pandemie und berichtet, dass die aktuelle Lage allgegenwärtig sei. Zwei sehr prominente Kölner Persönlichkeiten, Herr Professor Hallek und Herr Prof. Dr. Karagiannidis hätten Notrufsignale in die Welt hinausgeschickt und auch an die Politik appelliert.

Die Intensivstationen seien in Engpässe geraten. Seit Sonntag, dem 11.04.2021, würden nur noch Patienten aus dem Umland aufgenommen werden, wenn im Umkehrschluss, das Umland Patienten aus Köln aufnehme.

Er führt aus, dass ihm durchaus bewusst sei, dass die biologische Gesundheit, die momentan erheblich geschützt werde, das Eine sei, es aber auch eine psycho-soziale Gesundheit gebe, die unter diesen Restriktionen ganz erheblich leide. All Diejenigen, die beispielsweise Schulen, Kindertagesstätten, etc. offen halten wollten, die auch für die Öffnung der Heime, für das schnellere Nachlassen der dortigen Restriktionen und für Minimalbegegnungen eingetreten sind, sei gesagt, dass genau dieses im Blick ist. Die biologische und die psycho-soziale Gesundheit ständen gerade im Konflikt zueinander.

Zudem sei in Zusammenarbeit mit der Fraunhofer Gesellschaft eine Studie gemacht worden, die ein räumlich-zeitliches Verteilungsmuster der Infektionsausbreitung gezeigt haben. Aufgrund dieser Ergebnisse, sei in den Stadtteilen, die gerade sehr belastet sind, vermehrt Testangebote geschaffen worden. Ebenso habe man momentan die Informationsangebote für die spätere Impfung verstärkt.

Er gibt das Wort an Frau Dr. Robinson und Herr Ludwig, die nun jeweils zu ihren Verantwortungsbereichen einen kurzen Überblick über den aktuellen Sachstand zur Pandemie und den vulnerablen Personengruppen geben.

Frau Dr. Robinson bedankt sich zuerst bei den Kooperationspartner*innen und berichtet, dass viele Leistungen gemeinsam mit Trägern, Sozialleistungserbringern, vielen kleinen Vereinen, Initiativen, Selbsthilfegruppen, Ehrenamtlichen und dem Sozialamt größtenteils mobil erbracht werden. Dazu gehören viele gute Ideen, wie Leistungen digitalisiert erbracht oder wie Beratungsangebote auf telefonische Angebote umgestellt werden können.

Sie erläutert, dass das Sozialamt seit einem Jahr voll im Betrieb sei und trotz aller technischen Widrigkeiten die Kolleg*innen mit viel Engagement für die Menschen in Köln da seien. Man habe Interviews mit den Leistungsempfängenden geführt, um eine Rückmeldung zu erhalten und mehr über die Zufriedenheit der Bürger*innen zu erfahren.

Eine kleine Entlastung könne man nun in den Pflegeheimen wahrnehmen, da tatsächlich die Infektionszahlen durch die Impfungen ein Stück runtergehen und Verläufe sich oft weniger schwierig gestalten. Bei den Infektionszahlen sehe man eine Verlagerung, weg von den zu betreuenden Menschen hin zu den Mitarbeitenden in den Pflegeheimen. Dies beobachte man deshalb mit Sorge, da gerade Pfleger*innen ganz besonders große Leistungen erbringen, nicht nur in dieser Stadt, sondern in ganz Deutschland.

Für Menschen mit Behinderungen sei in guter Kooperation mit den Anbietern gelungen, über die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (WfbM) zentrale Standortimpfungen zu realisieren. Man sei nun dabei über hundert besondere Wohnformen und ambulante kleine Wohngemeinschaften mit Taxi-Impfungen zu versorgen.

Darüber hinaus habe man mit der Kölner Arbeitsmarktförderung und der Kommunalen Gesellschaft für Arbeit und Beschäftigung (KGAB) in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit über zweihundert Helfer und Freiwillige durch das Deutsche Rote Kreuz schulen können, die bei Testungen in den Einrichtungen unterstützen. 70 seien auf entsprechende Anfragen in Einrichtungen vermittelt. Sie bedankt sich für die kompetente Unterstützung der KGAB und bei der Bundesagentur für Arbeit, namentlich der zentralen Auslandsvermittlung in Bonn, die wirklich vieles und großartiges möglich gemacht habe.

Herr RM Welter führt an, dass er heute gelesen habe, dass viele Menschen in Heimen mit Behinderungen noch nicht geimpft seien und dass ihn dies mit großer Sorge erfülle. Er berichtet, dass in dem Heim, wo er arbeite, es einen Ausbruch gegeben habe. Er verstehe nicht, dass die Impfungen hier noch nicht erfolgt seien, da es auf der Hand liege, dass diese Gruppe vulnerabel sei und sie naturgemäß die Schutzvorgaben nicht so einhalten können, wie es von anderen erwartet werde. Er fragt Frau Dr. Robinson nach ihrer Sicht.

Frau Dr. Robinson teilt diese Sorge. Sie berichtet, dass Menschen mit Behinderungen über die WfbM angesprochen wurden, soweit möglich. Zur Steigerung der Effizienz sei man bemüht, möglichst viele Menschen in zentralen Terminen in Kooperation mit den Kölner Wohlfahrtsverbänden und der Bundesvereinigung der privaten Anbieter zusammenzufassen.

Problematisch seien tatsächlich die vielen kleinen besonderen Wohnformen und ambulanten Wohngemeinschaften. Von den Impfstoffen und den Transportmöglichkeiten sei die Stadt darauf angewiesen, bestimmte Margen auszuzeichnen. Dies müsse entsprechend den Vorgaben des Bundes und des Landes NRW koordiniert und organisiert werden. Das Land gebe sodann den konkret geplanten Impfstoff frei. Dies sei ein großer logistischer Aufwand in enger Zusammenarbeit mit der kassenärztlichen Vereinigung.

Über allem stehe das Gebot der bundesweiten Priorisierung und der Gleichbehandlung, die das übergeordnete Ziel verfolge, vulnerable Gruppen prioritär zu schützen, auch um das Gesundheitssystem für alle Menschen funktionsfähig zu halten.

Frau RM Scho-Antwerpes bemerkt, dass die SPD-Fraktion als Paritätärinnen die Lebenshilfe außerordentlich unterstützen würde und das Telefon auch dort rund laufe.

Frau Dr. Robinson wirft ein, dass ein Termin mit der Lebenshilfe organisiert sei.

Herr RM Detjen bedankt sich für den Hinweis über die Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer Institut. Es sei ganz wichtig, dass die benachteiligten Stadtteile im Blick seien. Weiterhin fragt er nach den aktuellen Werten der bestimmten Stadtteile, die im Bericht erwähnt seien, die am 07.04.2021 zwischen 250 und 320 gelegen haben.

Herr Beigeordneter Dr. Rau sagt, dass er die jetzigen Werte nicht vorliegen habe und sichert zu, dass diese Werte zukünftig wöchentlich ausgewertet werden.

Herr RM Welter bedankt sich, dass auch Chorweiler mit in den Focus genommen worden sei. Zudem hofft er, dass aus der dezentralen Teststruktur auch eine dezentrale Impfstruktur entstehe. Er fragt, ob in den Stadtbezirken mit hohen Inzidenzzahlen damit zu rechnen sei.

Herr Beigeordneter Dr. Rau erklärt, dass nun mehr Impfstoff in den nächsten Wochen zur Verfügung stehe und durch die Verimpfungen in den Praxen eine Dezentralisierung erfolge. Es werde eine Impfung durch die Praxen, in den Heimen und durch die Betriebsärzte erfolgen. Die momentane Zentralisierung habe mit der erheblich beeinträchtigten Menge des Impfstoffes zu tun und das Streben, dieses zu kontrollieren und die Priorisierung einzuhalten. Dieses werde nun nach und nach in die Fläche gehen.

Frau Dr. Robinson merkt an, dass es gestern mit der Impfkommision einen Termin zu den besonders betroffenen Stadtteilen gegeben habe, um zu überlegen, wie man mit den Impfungen schneller vorankomme.

Frau RM Hoyer erläutert, dass im Impfzentrum nicht das Spiegelbild der Bevölkerung zu sehen sei, sondern hier seien Menschen, die gut strukturiert sind und mit neuen Medien umgehen können. Sie hätten gewusst, wie sie einen Termin bekommen können. Auf diesem Wege würden nicht die Menschen erreicht werden, die gerade dem Sozialausschuss am Herzen liegen. Sie bekräftigt noch einmal die Wichtigkeit der Dezentralisierung. Zudem betont sie, dass ein Vertrauensverhältnis da sein solle und das sei bei den Hausärzten gegeben. Sie fragt nach, ob Hausärzte auch in den ambulanten Gruppen mitimpfen dürften.

Herr RM Paetzold schließt sich den Worten von Frau Hoyer an und berichtet, dass er als Hausarzt diverse kleine Wohngruppen betreue und fragt sich, warum er hier nicht in den Wohngruppen mitimpfen könne. Hausärzte würden dies viel schneller schaffen, wenn sie den Impfstoff hätten. Er weist darauf hin, dass er aus einem Stadtteil mit einer der höchsten Inzidenzen komme und letzte Woche nur 30 Impfdosen und diese Woche nur 35 erhalten habe. Das sei erheblich zu wenig.

Frau Dr. Robinson teilt diesen Wunsch. Ziel sei zukünftig, auch in Einrichtungen, verstärkt mit den Hausärzten zu bedienen, um auch mit Blick auf diese Krankheit wieder in die normalen Gesundheitsschutzsysteme zu gelangen. Solange der Impfstoff jedoch zu knapp sei, gebe es strikte Vorgaben aus dem Land, welche Impfdosen wann wohin gebracht und welche Impfstoffe wann für wen verwendet werden dürfen.

Herr Ludwig berichtet über die Situation der Geflüchteten in den städtischen Unterkünften in Zusammenhang mit der Pandemie.

Mit Stand 14.04.2021, 12 Uhr, seien 25 Objekte von 100 zur Unterbringung von Geflüchteten von Corona-Infektionen betroffen. Da seien kleine Reihenhäuser dabei bis zu ganz großen Unterkünften. Von diesen 25 Unterkünften seien 15 Unterkünfte mit abgeschlossenen Wohneinheiten, sieben Unterkünfte mit nicht abgeschlossenen Wohneinheiten und drei Hotels. Von diesen 25 Unterkünften seien 14 davon von der britischen Mutation betroffen, die mittlerweile den größten Anteil der Infektionen ausmache. In den Unterkünften seien insgesamt 280 Personen betroffen, von denen seien 39 erkrankt und 241 Kontaktpersonen. Es gebe z.Zt. zwei Objekte mit einer Allgemeinverfügung, die komplett unter Quarantäne ständen, zum einen der Urbacher Weg, ein Systembau mit abgeschlossenen Wohneinheiten zum anderen die Boltsternstrasse 10d, ein nicht abgeschlossenes Objekt. Bei beiden Objekten habe sich das Gesundheitsamt entschlossen, diese unter Quarantäne zu stellen.

Die Auslastung beider Quarantänestandorte sei momentan moderat. Des Weiteren seien an den Standorten am Erbacher Weg in Lindweiler 25 Personen in zehn Parteien untergebracht, davon null Positive. Ebenso seien in der Sinnersdorfer Strasse in Roggendorf/Thenhoven 32 Personen in zehn Parteien untergebracht, davon seien vier positiv.

Seit dem 01.04.2020 werden Erkrankte und Verstorbene erfasst. In dem Zeitraum 01.04.2020 bis 14.04.2021 habe es insgesamt 534 Erkrankte und leider auch 4 Personen, die an oder mit Corona verstorben seien, gegeben.

Wie bekannt sei, ist dieser Personenkreis in der Coronaimpfverordnung unter § 3 mitaufgeführt, hinter den über 70-jährigen. Man habe insgesamt 3.500 Impfdosen für die Erwachsenen angefordert, 1.300 für nicht abgeschlossene Wohneinheiten und 2.200 in abgeschlossene Wohneinheiten. Wenn nicht genügend Impfstoff vorhanden gewesen wäre, hätte man wahrscheinlich mit den nicht abgeschlossenen Wohneinheiten begonnen. Aufgrund der neuen Empfehlungen zu AstraZeneca, mit denen diese Personengruppe hätte geimpft werden sollen, sei die Planung umgeworfen worden, da 98% davon jünger als 60 sind. Nun werde geplant, den Personenkreis mit dem Impfstoff von BioNTech und Moderna zu impfen. Man stehe allerdings in Konkurrenz zu dem Personenkreis der über 70 jährigen, der in den Impfzentren mit diesen Impfstoffen geimpft werde. Das MAGS könne momentan nicht genügend Impfstoff für diesen Personenkreis zur Verfügung stellen. Nach einem Telefonat mit dem Ministerium könne nun eine Impfung des Personenkreises noch im April ausgeschlossen werden und für Mai sei man noch skeptisch.

Herr SE Intveen bittet das Gremium darum sprachlich zu unterscheiden, ob jemand positiv auf Corona getestet sei oder ob jemand an Corona erkrankt sei, bzw. ob dieser hospitalisiert werde. Er weist darauf hin, dass jemand der positiv getestet sei, nicht erkrankt sei. Die Zahlen der positiv Getesteten seien sicherlich erschreckend, aber hier solle unterschieden werden.

Herr Ludwig bestätigt dies und sagt für die nächste Sitzung eine genauere Differenzierung zu.

Herr RM Paetzold stimmt zu, dass die Unterscheidung richtig sei, möchte jedoch darauf hinweisen, dass positiv getestete Menschen auch infizieren können und hier gehe es um den Infektionsschutz. Er fügt hinzu, dass die positiv getesteten Menschen, die keine Symptome haben, noch gefährlicher sein können.

Frau RM Glashagen weist darauf hin, dass die Geflüchteten, die in diesen Unterkünften wohnen, von der Stadt zu schützen seien. Sie bittet die Stadt, diese Entscheidung bzw. die Aussage des Ministeriums zu überdenken, denn gerade die Menschen, die in den offenen Einrichtungen leben, seien sehr gefährdet.

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm bemerkt, dass unter 60jährige der Verimpfung durch AstraZeneca zustimmen können. Er fragt nach, ob den Geflüchteten dieses Angebot unterbreitet worden sei.

Herr Ludwig berichtet, dass diese Option zurzeit nicht bestehe, da das Land für diesen Personenkreis AstraZeneca nicht liefere. Er nehme gerne das Gesagte von Frau Glashagen in den Krisenstab mit, weise aber darauf hin, dass somit eine Konkurrenzgruppe zu der jetzigen Gruppe der 70-jährigen aufgemacht werden würde, die derzeit geimpft werde. Er könne keine Gewichtung in den Gruppen vornehmen, wer dieses knappe Gut nun zuerst bekomme.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

1.1 Corona-Pandemie: Auswirkungen auf die Gleichstellung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen 2645/2020

Zur Kenntnis genommen.

2 Integration und Vielfalt

2.1 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

2.1.1 „Das ist alles unsere Lebenszeit. Ältere Lesben und Schwule in der Corona-Krise“; eine Publikation des rubicon e.V. 1222/2021

Zur Kenntnis genommen.

2.2 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm fragt nach dem Sachstand zur Nachbesetzung der Position des*der Behindertenbeauftragten.

Herr Oster berichtet, dass das Bewerbungsverfahren laufe. Es sei in absehbarer Zeit mit einer Neubesetzung zu rechnen.

2.3 Inklusionsbericht 2019 2285/2020

Zur Kenntnis genommen.

2.4 Abschlussbericht der EHAP-Projekte ALVENI links und ALVENI rechts vom Rhein 1204/2021

Frau RM Heuser hält fest, dass dies eines von den Projekten sei, welches sehr sinnvoll für Neuzugewanderte aus den EU-Staaten sei, insbesondere für die Menschen aus Südost-Europa. Für diese Menschen gebe es sehr wenig Angebote und es sei sehr tragisch, dass es dazu keine weitere Förderung gebe. Die Anfragen an die Politik, um dort evtl. eine Anschlussförderung bzw. eine Überbrückungsförderung bis zur nächsten Förderphase des EHAP-Projektes zu erhalten, habe abgelehnt werden müssen. Es sei einfach nicht möglich, permanent zu unterstützen, wenn Förderungen von Bund oder Land oder EU-Förderungen wegfallen. Sie hoffe sehr, dass in der neuen Förderphase auch wieder an diese Menschen gedacht werde.

Zur Kenntnis genommen.

2.5 ZMI - Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration: Kölner Sprachfest 2021 und Publikationen 0963/2021

Zur Kenntnis genommen.

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

3.1 Eine Armutskonferenz für Köln – ein Leben in Teilhabe für alle! AN/1158/2020

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm ruft, wie vor Eintritt in die Tagesordnung beschlossen, **TOP 3.1** „Armutskonferenz“ und **TOP 5.4** „Lebenslagenbericht“ zusammen auf und übergibt das Wort an Herrn Schlanstedt.

Herr Schlanstedt erläutert zu **TOP 3.1**, dass die Stellungnahme von der Verwaltung auch im Ratsinformationssystem eingestellt worden sei. Es gebe ja bereits in dieser Stadt viele Gremien, Ausschüsse und andere Strukturen, in denen diese Themen angesprochen, besprochen und diskutiert werden. In dem Erstellungsprozess des Lebenslagenberichtes, der unter **TOP 5.4** aufgeführt werde, seien auch einige hier aus dem Gremium beteiligt gewesen. Es sei bewusst eine breite Beteiligung seitens Politik und auch von Trägern angestrebt worden. Am vergangenen Montag habe es eine Online-Veranstaltung gegeben, in der der Lebenslagenbericht vorgestellt worden sei, die auch ein Konferenzcharakter gehabt habe, mit einer zeitweiligen Beteiligung von bis zu 116 Teilnehmern. Das hohe Interesse habe ihn sehr gefreut.

Er weist darauf hin, dass der Begriff „Armutskonferenz“ in gewisser Weise einschränkend sei, da es den Anschein erwecken könne, dass man sich vorwiegend mit dem Thema „Einkommen“ beschäftige.

Im Lebenslagenbericht sei absichtlich eine viel breitere Perspektive gewählt worden, so dass man zusätzlich die Lebenslagen Gesundheit, Wohnen und Weitere einbezogen habe und diese über die Lebensphasen dekliniert. Geplant sei nun in einem breitangelegten Prozess gemeinsam mit den Gremienmitgliedern und anderen Aktiven der Stadtgesellschaft ins Gespräch zu kommen und ggf. Themen zu fokussieren. Daraus können auch Konferenzen entstehen, die in einer großen Sozialplanungskonferenz kumulieren können, zumindest in der Theorie. Dies würde dann über eine Armutskonferenz hinausgehen. Aus diesem Grunde möchte die Verwaltung der Politik nahelegen, diesem Antrag nicht zuzustimmen, sondern dem gerade skizzierten Vorgehen den Vorzug zu gewähren.

Herr RM Paetzold möchte zuerst den Lebenslagenbericht diskutieren und dann den Antrag der SPD-Fraktion.

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm stimmt dem zu.

Herr RM Detjen bemerkt, dass er die Vorgehensweise der Verwaltung nicht zielführend finde. Er sei mit dem Thema seit 2006 beschäftigt. Ein Bündnis der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Linke habe beschlossen, dass ein jährlicher Armutsbericht gewollt sei. Anfang 2010 sei das Thema erneut thematisiert worden und die Verwaltung habe einen Lebenslagenbericht zugesagt. Dies sollte zugleich Programm und Software sein, indem man jederzeit die Daten abrufen könne. Hier wurde bereits eingestanden, dass das nicht aufgegangen sei. Der Lebenslagenbericht sei bereits zwei Jahre alt, so dass Corona noch nicht berücksichtigt worden sei und die Daten somit veraltet seien. Es sei etwas anderes versprochen worden. Es gebe bis heute keinen Lebenslagenbericht, in dem man aktuell kleinste Daten herausziehen könne. Sollte es zukünftig alle zwei Jahre einen Lebenslagenbericht geben, wären die Daten immer veraltet und nicht brauchbar. Er schlägt vor, in kleinen Prozessschritten aktuelle Zahlen zur Verfügung zu stellen, so dass man in kleinen Teilen darauf zugreifen könne und den Rest über den Lebenslagenbericht bespricht. Die Verwaltung könne die Armutskonferenz dazu nutzen, die passenden Modelle dazu vorzustellen.

Frau RM Heuser erläutert, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen damals den Lebenslagenbericht initiiert habe, mit einer Vorgabe, die über das Thema Armut hinausgehen sollte. Es sollte ein Armuts- und Reichtums-Bericht werden. In diesem Lebenslagenbericht gebe es ein großes Kapitel, in dem es um Teilhabe unter verschiedenen Gesichtspunkten gehe, wie Gesundheit, Bildung und Altersgruppen. Anhand dieses Aufzeigens von Teilhabe-Chancen und den benannten Hürden bekomme man Zusammenhänge dargestellt, die so bis jetzt nicht zur Verfügung gestanden haben. Dies solle man als Basis sehen. In der ersten Armutskonferenz hätte man sehr wahrscheinlich genau dieses in Auftrag gegeben. Man hätte die Verwaltung beauftragt, die Daten zusammen zu tragen.

Mit der Vorlage dieses Lebenslagenberichtes sei man nun schon einen Schritt weiter. Sie folgert, dass nun sicherlich von der Verwaltung eine Bewertung vorgenommen werde und man daraufhin auch Handlungsempfehlungen ableiten könne. Es gebe auch bereits schon Benennungen von Handlungsfeldern im Bericht selber.

Nun müsse die Politik, gemeinsam mit der Verwaltung und Trägern Ziele definieren. Gleichzeitig müsse man schauen, welche Angebote und Programme in der Stadt bereits laufen und ob diese ziel- und wirkungsorientiert seien. Hier könne man eventuell auch bei etablierten und vermeintlich bewährten Programmen feststellen, dass diese kaum Wirkung erzielen. Zusammengefasst führt sie fort, seien wir am Anfang des Prozesses, aber weiter als eine erste Armutskonferenz.

Frau RM Gärtner schließt sich der Äußerung von Frau Heuser an und bestätigt, dass der Lebenslagenbericht weiter gehe, als was mit der Armutskonferenz gefordert sei. Da die Zeit für ausführliche Diskussion zum Lebenslagenbericht in dieser Sitzung nicht ausreichend sei, bittet sie die Verwaltung für die nächste Sitzung um einen Zeitplan, was geplant sei und um einen Maßnahmenkatalog.

Frau RM Schmerbach räumt ein, dass sie nach der Online-Präsentation über den Lebenslagenbericht etwas frustriert gewesen sei, da sie hier nichts für sie Neues herausgehört habe. Es seien auch keine Konsequenzen diskutiert worden, wie das Thema weiter angegangen werden solle. Die Situation habe sich im Hinblick von Corona weiter verschärft, auch im Hinblick „Armut“. Es solle nun schnell eine Perspektive entwickelt werden, dass sich die Lebenslagenituation einiger Menschen verbessere.

Herr Beigeordnete Dr. Rau erwidert zum Vorschlag der CDU-Fraktion, dass die Verwaltung einen möglichen Maßnahmenkatalog zur nächsten Sitzung vorlegen könne. Er habe den Lebenslagenbericht jedoch immer so verstanden, dass er allen Akteuren dieser Stadt und ganz besonders der Politik die Grundlage dafür schaffe, aus einer Ist-Orientierung heraus mögliche Ziele, Strategien und Maßnahmen abzuleiten. Er sei nicht dafür, dass die Verwaltung nun die Vorschläge machen solle, sondern alle gemeinsam. Es sei auch der Auftrag der Politik, aus den vielen Themen heraus, diejenigen zu identifizieren, die eine besondere Kraft bräuchten. Mit Hinblick auf die beschränkten Mittel, die bei der Haushaltsaufstellung da seien, sei eine Konzentrierung sehr wichtig. Der Lebenslagenbericht biete die Grundlage dafür.

Herr Schlanstedt merkt an, dass man immer mit dem statistischen Verzug zu tun habe. Mit den Daten des Lebenslagenberichtes liege aber ein ganz guter Stand vor. Er führt an, dass Corona die Entwicklung beschleunige bzw. auch verschlimmere. Dies sei nun zu beobachten. Er gibt an, dass die Statistikstelle ein Monitoring zum Thema „Stadtentwicklung“ zurzeit erstelle, welches eine Grundlage biete, so dass man zukünftig relativ kurzfristig Daten abrufen und sich zusammenstellen lassen könne. Die Frage, wie es weiter gehe, sei eine zentrale Frage. Er fände die Idee von Frau Gärtner gut, erste Ideen zur nächsten Sitzung zu präsentieren. Dies sei allerdings kein Maßnahmenkatalog, da dieser in der Kürze der Zeit nicht zu schaffen sei.

Herr RM Paetzold führt an, dass ein Bericht natürlich etwas Statisches und eine Konferenz etwas Dynamisches sei. Die SDP-Fraktion könne sich gut vorstellen, auf Basis des Lebenslagenberichtes in einer Armutskonferenz zu arbeiten. Die Fraktion möchte gerne mit den Betroffenen, den Armen, sprechen. Er betont, dass Armut krank mache. Dies zeige sich auch in der Corona-Pandemie, da die höchsten Inzidenzfälle in Vingst und in Meschenich auftreten. Zudem verhindere Armut Bildung und es sei bekannt, dass arme Leute in schlechteren Wohnungen wohnen. Somit halte er die Aussage, dass die Fokussierung auf Armut zu klein sei, für falsch. Armut sei die Ursache für viele Probleme, die die Menschen dieser Stadt haben. In der Armutskonferenz solle dies besprochen werden und man könne so Handlungsempfehlungen erarbeiten. Er stimmt Herrn Dr. Rau zu, dass dies nicht Sache der Verwaltung sei, sondern Sache des Rates.

Herr RM Rudolph hält fest, dass der 1. Lebenslagenbericht eine gute Grundlage für diesen Ausschuss als auch für die zukünftige Arbeit darstelle. Wenn es darum gehe, wie zukünftige Veranstaltungen und Konferenzen gestaltet werden sollen und auch ggf. der Lebenslagenbericht erweitert werde, möchte er auf 2 Punkte hinweisen:

1. LGBTIQ, also die queere community, in Köln, die wie der Bericht aussagt, fast 11% der Kölner Stadtbevölkerung ausmache, sei leider nur kurz erwähnt und nur in einem Punkt unter Wohnungslosigkeit etwas ausführlicher behandelt worden. Da wünsche er sich, dass der Fokus auch mehr darauf gelegt werde.
2. Er bittet darum, dass auch der intersektionale Ansatz berücksichtigt werde. Hier solle nicht nur einzeln nach Geschlecht, Migrationshintergrund und Bildungsgrad aufgeschlüsselt werden, sondern auch die einzelnen Faktoren miteinander in Verbindung gesetzt werden. Er fragt sich, ob Migration und Geschlecht beispielweise Auswirkungen aufeinander haben und ob es hier evtl. andere Faktoren gebe oder sogar Benachteiligungen. So könne man fachgerechter und spezifischer seitens der Stadt agieren.

Frau RM Hoyer stellt fest, dass für sie der Lebenslagenbericht ein guter Anfang sei. Sie schließe sich dem Wunsch von Herrn Dr. Rau an. Eine Aktualisierung der Daten auf Klick sei wünschenswert. Sie führt fort, dass die Verwaltung natürlich Vorschläge machen dürfe, betont aber, dass sie großen Wert darauf lege, dass das Primat des Handelns bei der Politik bliebe. Sie widerspricht den Wünschen, dass die Verwaltung der Handlungsgeber sein solle.

Herr RM Detjen hebt hervor, dass die Verwaltung darauf hingewiesen habe, dass man nun mit dem Monitoring Stadtentwicklung zusammen kommen müsse. Es wäre gut, sich seitens der Politik zu überlegen, ob diese zwei Plattformen zukommen kommen sollen und wo dieses angebunden werden solle. Er stellt die Frage, ob dies am Dezernat Soziales angebunden werden solle, das sowieso kein Geld habe oder ob es in den Bereich Stadtentwicklung / Amt für Statistik geschoben werden solle. Vorausgesetzt, solch eine Plattform wolle genutzt werden. Er regt an, darüber nachzudenken. Er bittet den Vorsitzenden in absehbarer Zeit eine Besprechungsrunde mit den Fraktionen einzuberufen, wo dieses Thema diskutiert werden könne.

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm nimmt den Gedankenanstoß mit.

Frau RM Heuser weist darauf hin, dass die Verwaltung den Bericht mit dem Schlusssatz beendet habe, dass die Verwaltung in einem integrierten Prozess die wesentlichen Herausforderungen für die zukünftige Entwicklung der Stadt Köln herausarbeiten und Ziele, Strategien und Handlungsempfehlungen zu deren Bewältigung entwickeln würde. Dies sei ein Statement, was passieren müsse, bevor man in die erste Tagung eintrete.

Zudem seien im Bericht die verschiedenen Armutsrisiken anschaulich dargestellt worden. Sie betont, dass es schließlich darum ginge, dass erkennbar ist, welche Lebenslagen zur Armutsrisiken führen. Es gebe auch unterschiedliche Facetten der Armut. Armut sei auch eingebettet in die Gesellschaft. Insofern sei der größere Fokus auf verschiedene Aspekte empfehlenswerter.

Herr Dr. Akude pflichtet Frau Schmerbach bei, dass er enttäuscht sei von dem Bericht. Er habe sich mehr von dem Bericht erhofft. Quantitative Forschungen seien nicht mehr ausreichend, sondern sollten mit qualitativen Forschungen ergänzt werden, so dass man das ganze Gesicht der Problematik erkennen könne. Dies sei hier vernachlässigt worden. Er fragt sich, wovon der Bericht nun ein Anfang sein solle. Solle es ein Anfang für die Politik sein, welcher zur Lösung des Problems führen solle? Er fragt weiter, warum dies dann nicht so klar dargestellt worden sei. Ebenso werfe er die Fragen auf, wie Strategien und Handlungsempfehlungen erarbeitet werden sollen, wenn die Ursachen nicht thematisiert oder diskutiert werden.

Herr Beigeordneter Dr. Rau weist unter **TOP 5.4** auf den Änderungsantrag aus dem Integrationsrat hin. Er nimmt Bezug zu der heutigen Stellungnahme der Verwaltung und bittet diese noch zur Kenntnis zu nehmen. Er führt aus, dass ein Bericht, den ein unabhängiges drittes Institut in Beauftragung erstellt habe, nicht vom Ausschuss oder der Verwaltung geändert werden könne. Das würde heißen, dass der Änderungsbeschluss, der die Aufforderung zur Änderung des Berichtes beinhalte, nicht durchführbar sei. Es sei ein ausgeschriebener Auftrag gewesen, der vom IGS übernommen worden ist. Nun liege dieser Bericht vor. Es sei nicht in der Hand der Verwaltung, diesen nun zu ändern. Er bittet diese Tatsache bei den Abstimmungen zu berücksichtigen.

Er betont, dass die inhaltliche Kritik, die der Integrationsrat betrieben habe für ihn verständlich sei. Ihm sei immer bewusst gewesen, dass, wenn unterschiedliche Lebenslagen beleuchtet werden, Menschen in diesen Bereichen in den Fokus geraten. Damit könne das Gegenteil von dem erreicht werden, als das was erreicht werden solle. Anstatt eine inklusive Stadtgesellschaft entstehen zu lassen, werde der Fokus auf das Trennende gerichtet, insbesondere auf die benachteiligten Menschen. So habe er Teile der Kritik des Integrationsrates verstanden. Die Stellung der Verwaltung sei jedoch, dass man zuerst ungleiche Verteilung erkennen müsse, um hier etwas ändern zu können. Der Bericht solle nicht zur Diskriminierung dienen, sondern dem Erkennen und, um daraus abgeleitete Maßnahmen zu erarbeiten, die eine andere bzw. gleichere Verteilung bewirken. Er betont seine Bitte, diesen Änderungsantrag nicht herbeizuführen, da er nicht umsetzbar sei.

Herr RM Paetzold beantragt, dass heute zu **TOP 5.4** nicht beschlossen werde, da er weder den Antrag vom Integrationsrat noch die Stellungnahme aufgrund der Kurzfristigkeit gelesen habe.

Frau SE Weber nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung eine Stellungnahme zum Änderungsantrag des Integrationsrates verfasst habe, erklärt aber, dass sie diesen so kurz vor der Sitzung noch nicht habe lesen können. Sie betont im Namen des Integrationsrates, dass zu unzureichend auf die Ursache der sozialen Problemlagen von Menschen mit internationaler Geschichte im Bericht eingegangen sei. Dies sei der Grund, warum der Integrationsrat den Bericht für unzureichend hält. Sie hält fest, dass der Bericht nicht angezweifelt, sondern bemängelt werde.

Frau Heuser merkt zum Änderungsantrag an, dass nur die Hälfte des Integrationsrates dieser Meinung gewesen sei. Der Vorwurf, dass man Gruppen diskriminiere, weil man sie benenne, sei kurios. Bezöge man dieses z.B. auf Alleinerziehende oder auch auf Kinder, komme keiner auf die Idee, dies als Diskriminierung zu werten. Sie weist darauf hin, dass im Bericht in der Tat auch das Thema erwähnt worden sei, dass Menschen, die ausländische Namen haben, schlechter eine Wohnung finden und somit diskriminiert werden. Es werden viele Punkte im Bericht aufgeführt, warum Menschen diskriminiert werden. Dies sei Teil des Berichtes. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde sich über den Beschluss des Integrationsrates hinwegsetzen.

Herr RM Paetzold weist darauf hin, dass der Änderungsantrag im Integrationsrat mit 17 Stimmen mehrheitlich beschlossen wurde und nur 10 dagegen gestimmt haben, demnach nicht die Hälfte.

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm lässt darüber abstimmen, ob der Beschluss zu **TOP 5.4** vertagt werden solle.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen von den Fraktionen FDP und SDP beschlossen, dass der TOP 5.4 in der heutigen Sitzung behandelt wird.

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm lässt zuerst über den Antrag unter **TOP 3.1** abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt, FDP **abgelehnt.**

Das Ergebnis der Abstimmung zu TOP 5.4 ist im Protokoll unter TOP 5.4 zu finden.

**Stellungnahme zum Antrag unter TOP 3.1: Eine Armutskonferenz für Köln – ein Leben in Teilhabe für alle (AN/1158/2020)
1406/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**3.2 Besserer Schutz von Menschen in der Prostitution und Förderung von Ausstiegsmöglichkeiten (Ersetzungsantrag zu AN/1090/2019)
AN/1588/2019**

Abstimmungsergebnis:

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Tagesordnung in die nächste Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 27.05.2021 **geschoben**.

**3.3 Leerstehendes Pascha zur Unterbringung von wohnungslosen Menschen nutzen
AN/0268/2021**

Der Antrag wird vom Antragsstellenden zurückgezogen.

**3.4 Antragsstau beim Wohngeld beenden
AN/0272/2021**

Herr RM Paetzold erläutert, dass es einen Antragsstau von 5.000 Anträge für Wohngeld gebe. Es sei gerade in der Pandemiezeit für Menschen existenzbedrohend, wenn sie den Bescheid nicht rechtzeitig bekommen. Die SPD-Fraktion fordere deswegen dringend eine Aufstockung der Mitarbeiterzahl in der entsprechenden Behörde, damit dieser massive Stau endlich beendet werden könne.

Herr RM Detjen weist darauf hin, dass der Antrag nun schon etwas älter sei. Er beziehe sich auf die Beantwortung der aktuellsten Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und erklärt, dass man erkennen könne, wie die Fälle sich entwickelt haben. Im Jahr 2020 seien durchschnittlich 1.253 Fälle bearbeitet worden und in den wenigen Monaten von 2021 durchschnittlich bereits 2.000 Fälle. Es würde sich somit eine Verbesserung abzeichnen. Trotzdem existiere das Problem der Fluktuation in dem Bereich Wohngeldstelle, was sicherlich auf die große Arbeitsbelastung und auch auf die geringe Bezahlung zurückzuführen sei. Dies könne auch der Sozialausschuss nicht ändern. Er führt fort, dass es eine Fluktuation von 20 % im Bereich Wohngeldstelle gebe. Der gemeinsame Antrag der Fraktionen SPD und Die Linke sei als Unterstützung zu verstehen. Man wolle die 70 Stellen auf 74 Stellen erhöhen.

Zudem plädiere er dafür, die Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Wohngeld zu verbessern, um Bundesgelder abgreifen zu können.

Des Weiteren regt er an, dass im Wohnbericht nicht nur die Beratungsgespräche statistisch erwähnt werden, sondern auch Anzahl der Anträge und Anzahl der Bewilligungen.

Frau RM Glashagen erklärt, dass sie etwas irritiert von dem Antrag sei, da auch gefordert werde, dass umstrukturiert werden solle. Dies sei aber bereits geschehen, wie man den Antworten entnehmen könne. Sie fragt nach, ob dieser Punkt in dem Antrag beibehalten werden solle.

Frau RM Gärtner trägt vor, dass die CDU-Fraktion den Antrag ablehnen möchte. Unter **TOP 11.3** sei ausführlich geschildert, was die Verwaltung bereits getan habe. Zudem sei es schwierig, gute Fachkräfte zu bekommen. Es seien enorme Anstrengungen unternommen worden und die Situation habe sich auch bereits gebessert und werde sich auch weiterhin bessern. Die Zeit habe den Antrag bereits überholt.

Herr RM Paetzold betont, dass die Fraktionen SPD und Die Linke den Antrag nicht für veraltet halten. Sie hätten auch gelesen, was die Verwaltung geschrieben habe, aber es gebe die 5.000 Fälle, die weiterhin auf Ihr Wohngeld warten und deshalb sei der Antrag weiterhin dringlich. Sie möchten die Verwaltung mit dem Antrag unterstützen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Volt **abgelehnt**.

4 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1 Geschäftsordnung für die Gremien der Seniorenpolitik der Stadt Köln 3159/2020

Frau RM Hoyer bemerkt, dass der Inhalt des Änderungsantrages bereits in der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik besprochen wurde. Hier habe es die Einigkeit gegeben, dass bei der Besetzung allen Ratsfraktionen ermöglicht werden solle, dass sie nicht nur Ratsmitglieder sondern auch Experten*innen benennen können, die nicht Ratsmitglieder seien. Dies würde expliziert in der Geschäftsordnung noch einmal an der Stelle drinstehen. Die Verwaltung habe dies auch mitnehmen und aufgreifen wollen. Sie möchte es auf jeden Fall explizit beschließen, damit es auf keinen Fall vergessen werde.

Da es keine weitere Wortmeldung gibt, lässt **Herr Vorsitzender Bauer-Dahm** erst über den Änderungsantrag abstimmen.

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0788/2021**

I. Abstimmung über den Änderungsantrag

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt:

§ 6 Absatz 1 „Zusammensetzung“ Punkt 5 lautet in der vorgelegten Beschlussfassung:

5. je ein Mitglied der Fraktionen des Rates der Stadt Köln für die jeweilige Ratsperiode, längstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zur Fraktion

Dieser Punkt soll wie folgt geändert werden:

5. je ein von den Fraktionen des Rates der Stadt Köln entsandtes Mitglied für die Dauer der Ratsperiode.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

II. Abstimmung über die so geänderte Vorlage

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt gemäß § 19 Absatz 1.8 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln die als Anlage 1 vorgelegte Neufassung der „Geschäftsordnung für die Gremien der Seniorenpolitik der Stadt Köln – GOGrSP“

Änderung/Ergänzung:

§ 6 Absatz 1 „Zusammensetzung“ Punkt 5 lautet in der vorgelegten Beschlussfassung:

5. je ein Mitglied der Fraktionen des Rates der Stadt Köln für die jeweilige Ratsperiode, längstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zur Fraktion

Dieser Punkt soll wie folgt geändert werden:

5. je ein von den Fraktionen des Rates der Stadt Köln entsandtes Mitglied für die Dauer der Ratsperiode.

Abstimmungsergebnis:

Vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksvertretungen einstimmig **zugestimmt**.

4.2 Anerkennung eines neuen Interkulturellen Zentrums in Köln: "23 Nisan e.V." 3630/2020

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt die Anerkennung von **23 Nisan e.V.**, Auguststr. 44 – 52, 50733 Köln-Nippes als Interkulturelles Zentrum im Sinne der Richtlinie zur Anerkennung und Förderung von Interkulturellen Zentren, gem. Ratsbeschluss vom 26.09.2019.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

4.3 Dringlichkeitsentscheidung: Zuschüsse aus dem Konzept "Wir im Quartier - Struktur- und Beschäftigungsförderung im Stadtviertel" hier: Maßnahmenbewilligungen 2021 3112/2020/1

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, aus den im Haushaltsplan 2020/2021 im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, veranschlagten Mitteln für zusätzliche Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung im Rahmen des Konzeptes „Wir im Quartier – Struktur- und Beschäftigungsförderungsprogramm im Stadtviertel“ für das Jahr 2021 Zuschüsse an die in der Begründung genannten Träger in Höhe von insgesamt 56.841 € zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

4.4 Förderprogramm "Dritte Orte" 0022/2021

Frau RM Scho-Antwerpes erwähnt, dass in der Begründung zu lesen sei, dass es sich um eine Finanzierung handeln würde, die jedoch nur geprüft werde. Sie fragt, was 2022 sei, wenn ein solches Projekt in den Veedeln aufgestellt worden sei und wie es mit dem Thema Nachhaltigkeit aussehe. Es sei ein Wert von 750.000 Euro für einen bestimmten Zeitraum angesetzt worden. Hier überlege die SPD-Fraktion, ob man das Geld nicht an die elf Bürgerzentren verteile, um die vielleicht etwas im Bereich der Aufstellung zu modernisieren, so dass diese mehr in die Veedel gehen und verteilen können. Es sollen auch die Menschen, die Bedarfe hätten, mitgenommen werden.

Frau RM Gärtner widerspricht Frau Scho-Antwerpes ausdrücklich, da sie extra etwas ganz anderes fördern wollen. Deswegen seien es auch „Dritte Orte“ und es solle nicht den Bürgerzentren zuge schlagen werden. Sie erklärt, dass es sehr viele kleine Initiativen gebe, die sehr viel bewirken und sehr viele Ehrenamtler haben. Diese bräuchten die kleinen Unterstützungen und dies wolle dieses Programm hier leisten. Deshalb könne man es nicht einfach den anderen zuschlagen. Dann müsse man sich über eine andere Finanzierung der ersten und zweiten Orte unterhalten.

Sie kündigt ferner an, dass die CDU-Fraktion zum Finanzausschuss einen Antrag einbringe, der beinhalte, dass auch die Bezirke, wie es ursprünglich einmal geplant gewesen sei, einen Teil des Geldes selber vergeben können. Dies gehöre in den Finanzausschuss, da es um das Budget gehe.

Sie bittet darum 2 Punkte als Protokollnotiz aufzunehmen:

Protokollnotiz:

- a) in begründeten Ausnahmefällen kann auch ein nicht eingetragener gemeinnütziger Verein gefördert werden
- b) In der Anlage 1 des Förderprogramms „Dritte Orte“ sollte auf S. 4 unter „Arten und Gegenstand der Förderung“ bei II. 2. Projektkostenzuschuss als erstes Handlungsfeld (Ausschuss) „Bürgerschaftliche Begegnungen“ hinzugefügt werden.

Herr SE Schlangehauf bemerkt, dass in der ursprünglichen Beschlussvorlage die Verwaltung beauftragt worden sei, ein Förderprogramm aufzustellen, das sich ausdrücklich auf stadtweit agierende Träger beziehe. Die vorliegende Beschlussvorlage umfasse nun auch Fördermittelanträge mit nicht stadtweit agierenden Trägern, wie z.B. Bürgerzentren und Begegnungsstätten. Er bittet darum, seine Diskrepanz hierüber aufzulösen.

Frau Dr. Robinson erklärt, dass alle politischen Veränderungsnachweise zu Kölner Begegnungsmöglichkeiten, kleine Initiativen als auch stadtweite Initiativen, in diesem Förderprogramm zusammengefasst worden seien. Es solle eine stadtweite Strategie umgesetzt werden, damit Gleiches

auch in gleichen Förderprogrammen organisiert werde. Hier sei nun eine Gleichzeitigkeit mit 3 großen Säulen entstanden: die Bürgerzentren, die klassischen Begegnungsstätten und dann die verschiedenen Spiegelstriche der politischen Veränderungsnachweise.

Frau RM Heuser sagt, dass sie eine Nachfrage zur flexiblen Handhabung habe. Es stehe in der Beschlussvorlage, dass die verschiedenen Fördertöpfe zusammengezogen werden, um eine flexible bedarfs- und empfangenorientierte Mittelbewirtschaftung zu ermöglichen. Sie äußert die Sorge, dass die Bestimmungen für die einzelnen Töpfe somit aufgeweicht werden. Es sei wichtig, die Bestimmungen und Rahmenbedingungen einzuhalten.

Frau Dr. Robinson bestätigt, dass dies auch die Intention der Verwaltung sei und fügt hinzu, dass die Politik dies im Ergebnis entscheide. Selbstverständlich werden auch die BVen eng eingebunden.

Frau RM Scho-Antwerpes stellt klar, dass die SPD-Fraktion nicht grundsätzlich gegen die „Dritten Orte“ sei. Es gehe um die nachhaltige Finanzierung. Hier habe sie Herrn Dr. Rau angesprochen und möchte gerne noch die Antwort abwarten.

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm äußert, dass er noch zwei Kleinigkeiten habe. Zurzeit gebe es nur den 30.04. für das Antragsverfahren. Er plädiere für zwei Termine und würde gerne noch den 30.10. beispielsweise dazu nehmen. Zudem beziehe er sich auf die weitergeleitete Mail an die Sprecher*innen. In dieser Mail sei es zu einem Missverständnis auf Seite 4 gekommen. Hier stünde, dass die Förderung einmalig als Zuschuss erfolge. Es werde jetzt befürchtet, dass man nur einmal beantragen könne und dann nie wieder. Herr Bauer-Dahm vermutet, dass, wenn das Programm fortgeschrieben werde, man sich erneut bewerben dürfe und bittet hier um eine Klarstellung.

Herr Beigeordneter Dr. Rau stimmt zu, dass die Formulierung im Text deutlicher sein könne. Zur Nachfrage von Frau Scho-Antwerpes fügt er an, dass dies nicht so einfach zu beantworten sei. Grundsätzlich gebe es immer bei Förderprogrammen den Haushaltsvorbehalt. Hier stehe nun ein ausdrücklicher Vorbehalt als sonst üblich drin, der auf die anspruchsvolle Haushaltsplanung 2022 und folgende zurückzuführen sei. Die Kämmerin habe die Verwaltung mit einer Haushaltsplanaufstellungsverfügung angeleitet. Diese setze die Rahmenbedingungen, die der Verwaltung erlaube, der Politik einen Haushaltsplanentwurf vorzustellen, der aus Sicht der Kämmerei tragbar ist. Dieser habe einen Automatismus, den die Verwaltung gerade versuchen würde, einzuhalten, sprich eine Deckelung des Gesamtbudgets. Somit könne die Verwaltung zusätzliche Summen, die bisher in den vergangenen Jahren nicht im Plan drin gewesen seien, kaum vorsehen. Neue Ausgaben, die das Dezernat nicht selber durch andere Einsparungen kompensieren könne, seien kaum möglich. Dies führe dazu, dass der auch sonst übliche Haushaltsplan diesmal noch ausführlicher formuliert werden müsse. Ohne die Unterstützung der Politik seien die Kompensationsvorschläge nicht möglich.

Da es keine weitere Wortmeldung gibt, lässt **Herr Vorsitzender Bauer-Dahm** über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

5 Ausschussempfehlungen an den Rat

5.1 Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ 3704/2020

Frau Gunia-Hennecken berichtet, dass das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung die Programmverkündung veröffentlicht habe. Aus Städtebau-Förderprogramm 2021 könne

man entnehmen, dass der Stadt Köln für Ostheim/Neubrück rund 1,6 Mio. Euro Fördermittel zur Verfügung gestellt worden seien, das heißt, dass nun 70% der Gesamtkosten bewilligt worden seien. Sobald die Bescheide vorliegen, gehe man baldigst in die Umsetzung. Die Neugestaltung des Platzes an St. Adelheid könne damit dann auch umgesetzt werden.

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm fragt mit Blick auf die Karte auf der letzten Seite, warum das Jugendzentrum Neubrücker Ring nicht Teil des Sozialraumgebietes sei.

Frau Gunia-Hennecken erklärt, dass dieses Gebiet das Ursprungsgebiet des Programmes „Lebenswerte Veedel“ vom Dezernat V sei und im Rahmen des Programms so festgelegt worden sei. Die Förderungen gelten nun für den beschriebenen Bereich. Eine Jugendeinrichtung sei aber aufgenommen worden, wo man sehr stark hoffe, dass dieses auch umgesetzt werden könne.

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm begrüßt die Förderungen und bittet trotzdem darum, das Jugendzentrum Neubrücker Ring nicht zu vergessen.

Frau Gunia-Hennecken nimmt diese Bitte mit.

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

- 1.) Der Rat beschließt die Fortschreibung des erstellten Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (Ratsbeschluss 14.02.2019, Vorlage-Nr. 3789/2018) für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“.
- 2.) Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im Integrierten Stadtentwicklungskonzept für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kostenübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter dem Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2024 in Höhe von circa 3,464 Mio. € (Brutto) sind im städtischen Doppelhaushalt 2020/21 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2024 bereits berücksichtigt und führt nicht zu einem Mehrbedarf gegenüber der beschlossenen Haushaltsplanung 2020/2021 inkl. mittelfristiger Finanzplanung. Die Mittelfristplanung selbst stellt noch keine gesicherten Aufwandsermächtigungen dar. Das Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Wirtschaft wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2022 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel ggf. durch Umschichtungen vorsehen.

Der darüber hinaus entstehende Finanzbedarf wird in den Haushaltsjahren nach 2024 in den zukünftigen Haushaltsplanaufstellungen berücksichtigt.

- 3.) Der Rat beauftragt die Verwaltung
 - a. mit der Umsetzung der Maßnahmen der Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden
 - b. die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes, die im Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Kalk vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren
 - c. mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum „Ostheim und Neubrück“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Kalk ohne Einschränkung zustimmen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

5.2 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich-geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Deutzer Weg o. Nr., 51143 Köln-Porz-Mitte, Gemarkung Porz, Flur 2, Flurstück 3304 - Baubeschluss 2440/2020

Frau RM Gärtner weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung Porz hierüber noch beraten müsse, da die letzte Sitzung ausgefallen sei. Vor der Ratssitzung gebe es allerdings noch eine Sitzung der BV Porz. Sie empfiehlt, dass der Ausschuss vorbehaltlich der Zustimmung der vorberatenden Bezirksvertretungen zustimmen solle.

Frau Werrmann trägt vor, dass sie sich mit den Baukosten in dieser Vorlage beschäftigt habe und erläutert, dass man hier bei einem Ein-Zimmer-Apartment mit 35 qm auf rund 133.000 Euro und bei einer Fünf-Zimmer-Wohnung mit rund 120 qm auf rund 456.000 Euro Baukosten komme. Das seien umgerechnet auf die Gesamtquadratmeter von 1.166 qm ca. 3.800 Euro pro qm, die an Kosten entstehen. Sie weist zudem darauf hin, dass die späteren Mietzahlungen auch wieder über Transferleistungen laufen würden. Sie möchte dazu anregen, umzudenken in einer Zeit, in der die Baupreise so in die Höhe gehen und der Euro als schwache Währung diese Kosten nicht mehr halten könne und regt an, den sozialen Wohnungsbau aufgrund der Kassenlage auf eine andere Basis zu stellen. Sie verweist auf frühere Zeiten und dass man es da mit einer sogenannten Schlichtbauweise versucht habe.

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm verweist Frau Werrmann an den Bauausschuss.

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit dem Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Deutzer Weg o. Nr., 51143 Köln-Porz-Mitte, Gemarkung Porz, Flur 2, Flurstück 3304, mit Gesamtbaukosten in Höhe von rund 4,43 Mio. € brutto.

Gleichzeitig werden die investiven Auszahlungsermächtigungen in entsprechender Höhe im Teilplan 1004 – Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, nach der Umschichtung von der Finanzstelle 5620-1004-0-5999 – Flüchtlings-WH bei der Finanzstelle 5620-1004-7-5197 – Neubau Deutzer Weg, freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksvertretung einstimmig **zugestimmt**.

5.3 Erweiterung des bisherigen Projektes „Bleibereichtsperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln“ zum Programm „Bleibeperspektiven in Köln“ 3534/2020

Frau RM Hoyer betont ausdrücklich, dass die FDP-Fraktion im Hinblick auf Menschen, die bereits lange hier und im Duldungsstatus seien, es gut fände, wenn es Veränderungen gebe und dass man diesen Menschen auch einen Aufenthaltstitel zufügen solle. Die FDP-Fraktion habe dieses Projekt schon länger begleitet und habe sich auch in der Vergangenheit dazu entschlossen, sich zu enthalten und möchte dies gerne beibehalten.

Frau RM Yazicioglu betont, wie wichtig dieses Projekt sei und dass es in Deutschland viele Langzeitgeduldete gebe. Zudem sei die Duldung kein sicherer Aufenthaltsstatus. Damit die Teilhabe (Arbeit oder Wohnung) für diese Menschen gewährleistet werden könne, sei es von großer Bedeutung, hier auch zuzustimmen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

- 1) Der Rat beschließt die Erweiterung des bisherigen Projektes „Bleibereichtsperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln“ zum Programm „Bleibeperspektiven in Köln“ auf der Grundlage des Konzeptes aus Anlage 1 und des Förderprogramms aus Anlage 2 ab dem 01.05.2021.
- 2) Zur Finanzierung der Erweiterung des Projektes beschließt der Rat gemäß § 83 GO NRW überplanmäßige zahlungswirksame Mehraufwendungen im Haushaltsjahr 2021 im Teilergebnisplan 0209 – Ausländerangelegenheiten – in Höhe von 191.740 EUR in der Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen sowie in Höhe von 147.340 EUR in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen. Die Deckung erfolgt durch zahlungswirksame Minderaufwendung im Teilergebnisplan 0503, Weitere soziale Pflichtleistungen, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen. Zum Haushaltsplan 2022 ff. erfolgt die Bereitstellung der benötigten Mittel im Rahmen einer haushaltsneutralen Umschichtung.
- 3) Für die Erweiterung des Projekts erfolgt die Einrichtung folgender unbefristeter Stellen zum Stellenplan 2022
 - 2,0 Planstellen Sozialarbeiter*in / -pädagog*pädagogin, EGr. S12 TVöD-SuE
 - 1,0 Planstellen Verwaltungsbeschäftigte*r EGr.:9c TVöD bzw. StOI BGr. A10 LBesG NRW
 - 1,0 Planstellen Verwaltungsbeschäftigte*r EGr.: 8 TVöD bzw. StHS BGr. A 8 LBesG NRW
- 4) Bis zum Start des erweiterten Programms wird die aktuelle Projektarbeit fortgesetzt und den beteiligten Trägern eine Förderung gemäß der bisherigen Projektkooperation gewährt, um einen fließenden Übergang des Projekts in das neue Programm zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

Bei Enthaltung der FDP einstimmig **zugestimmt**.

5.4 Kölner Lebenslagenbericht 0615/2020

TOP 5.4 „Kölner Lebenslagenbericht“ wurde unter **TOP 3.1** „Eine Armutskonferenz für Köln“ behandelt. Es wird im Protokoll auf diesen Punkt verwiesen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

1. Der Rat nimmt den 1. Kölner Lebenslagenbericht 2020 zur Kenntnis.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung auf Basis der Erkenntnisse des Lebenslagenberichts über Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Lebenslagenbereichen mit der Verstetigung und dem Ausbau einer integrierten, strategischen Sozialplanung.

Abstimmungsergebnis:

Geänderte Beschlussvorlage des Integrationsrates vom 13.04.2021:

Gegen die Stimmen von der SPD-Fraktion und bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE **abgelehnt.**

Beschlussvorlage:

Bei Enthaltung der SPD-Fraktion einstimmig **zugestimmt.**

5.5 Ausschreibung eines Rahmenvertrages über die Lieferung von Elektrogeräten für Leistungsbeziehende aus den Rechtskreisen des SGB II, SGB XII und AsylbLG sowie für die Einrichtungen des Amtes für Wohnungswesen 0975/2021

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm erläutert, dass im letzten Absatz der Anlage 3 „Stellungnahme 14“ der RPA darauf hingewiesen habe, dass weitere 5 Rahmenverträge bei der Stadt Köln zum Thema Elektrogeräte existierten und ein zusätzlicher Rahmenvertrag zum 30.06.2021 auslaufe. Das RPA habe empfohlen zu prüfen, ob zukünftig eine Zusammenlegung von ähnlichen Rahmenverträgen erfolgen könne. Er schlägt vor, dass dies zukünftig zu beachten sei.

Herr RM Detjen stimmt dem Vorschlag zu und bittet um die Antwort der Verwaltung. Er weist darauf hin, dass der Anlage nicht zu entnehmen sei, um welche Ökoklasse es sich bei den Geräten handeln würde.

Frau Dr. Robinson erklärt, dass mit Blick auf eine Sammelausschreibung eine Stellungnahme verwaltungsintern von 1000 einzuholen sei, da geschaut werden müsse, ob die Anforderungen an diese Ausschreibung sich sowohl zeitlich als auch inhaltlich mit anderen Ausschreibungen zusammenfassen lassen. Dies könne gerne geprüft werden.

Mit Blick auf die Güteklassen habe sie sich informiert. Es sei bewusst offen gelassen worden, da die Veränderung der Güteklassen während des Beratungslaufes stattgefunden habe.

Die Effizienzklassen der in der Vorlage aufgeführten Geräte seien aktuell wie folgt:

- Die ausgewählten Kühlschränke (klein und groß) hätten nach alter Leseart die Effizienzklasse A+++; die Waschmaschine ebenfalls: A+++
- Der E-Herd hätte lediglich die EEK A, allerdings würden die hochwertigsten Geräte auch nur die EEK A+ tragen
- Der Wäschetrockner (Wärmepumpe) sei nach EEK alt ein Gerät der Klasse A++

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Verwaltung zu ermächtigen, zum Zweck des Abschlusses eines Rahmenvertrages über die Lieferung von Elektrogeräten für Leistungsbeziehende nach dem SGB II, SGB XII und AsylbLG sowie für die Einrichtungen des Amtes für Wohnungswesen (im Schwerpunkt Geflüchteten-Unterkünfte, vereinzelt OBG-Unterkünfte) das Vergabeverfahren durchzuführen.

Die Geräte sind entsprechend der in Anlage 1 genannten Kriterien vor dem Hintergrund des durch den Rat der Stadt Köln ausgerufenen Klimanotstands auszuschreiben und zu beschaffen.

Der Rat verzichtet auf die Erteilung eines Vergabevorbehaltes.

Abstimmungsergebnis:

Mit Änderungsvorschlag, dass die Anmerkung des RPA im letzten Abschnitt (Zusammenlegung der Rahmenverträge) übernommen wird, mehrheitlich mit einer Enthaltung der FDP **zugestimmt**.

5.6 Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement“ hier: Umsetzung der Förderbausteine 1 und 2 1004/2021

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. die Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement“ (KIM) sowie die Umsetzung der Förderbausteine

(1) Implementierung und Betrieb eines strategischen Kommunalen Integrationsmanagements und

(2) Implementierung eines rechtskreisübergreifenden, individuellen Case Managements

unter dem Vorbehalt der Förderung aus Mitteln des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW (MKFFI). Für das Jahr 2021 liegen die Bewilligungsbescheide der Bezirksregierung Arnsberg bereits vor. Die Laufzeit des Projektes beginnt am 01.05.2021 und endet zum 31.12.2022.

2. die Finanzierung des Gesamtprojektvolumens von 1.686.708,05€ wie folgt:

- Die erforderlichen Mittel für das Haushaltsjahr 2021 werden im Teilergebnisplan 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity finanziert. Es werden insgesamt Mittel in der Teilplanzeile 11-Personalaufwendungen i.H.v. 213.633,33€, in der Teilplanzeile 15-Transferaufwendungen i.H.v. 226.666,67€ und in der Teilplanzeile 16-Sonstige ordentliche Aufwendungen i.H.v. 78.100,00€ benötigt. Darüber hinaus ist mit einem voraussichtlichen Ertrag in der Teilplanzeile 02-Zuwendungen und allgemeine Umlagen i.H.v. 463.500,00€ zu rechnen. Diese Erträge werden zur Finanzierung herangezogen. Der Eigenanteil i.H.v. 54.900,00 € wird innerhalb des Budgets des Teilplans 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity kompensiert.
- Haushaltsjahr 2022: Es werden insgesamt Mittel in der Teilplanzeile 11-Personalaufwendungen i.H.v. 326.859,00€, in der Teilplanzeile 15-Transferaufwendungen i.H.v. 680.000,00€ und in der Teilplanzeile 16-Sonstige ordentliche Aufwendungen i.H.v. 78.100,00€ und in der Teilplanzeile 02-Zuwendungen und allgemeine Umlagen i.H.v. 843.100,00€ benötigt. Diese Erträge werden zur Finanzierung herangezogen. Die genannten Aufwendungen führen somit zu einem Mehrbedarf gegenüber der beschlossenen Haushaltsplanung 2020/2021 inkl. mittelfristiger Finanzplanung. Die Mittelfristplanung selbst stellt noch

keine gesicherten Aufwandsermächtigungen dar. Das Dezernat OB wird im Rahmen des Haushaltsplanungsprozesses 2022ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggf. durch Umschichtungen, im Teilergebnisplan 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity vorsehen.

- Haushaltsjahr 2023: Es werden insgesamt Mittel in der Teilplanzeile 11-Personalaufwendungen i.H.v. 83.349,05€ benötigt. Die genannten Aufwendungen führen somit zu einem Mehrbedarf gegenüber der beschlossenen Haushaltsplanung 2020/2021 inkl. mittelfristiger Finanzplanung. Die Mittelfristplanung selbst stellt noch keine gesicherten Aufwandsermächtigungen dar. Das Dezernat OB wird im Rahmen des Haushaltsaufstellungsprozesses 2022 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel im Teilergebnisplan 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity vorsehen.

3. die für den Förderzeitraum (01.05.2021-.31.12.2022) und die nachfolgende Abwicklung der Projektabschlussarbeiten vom 01.05.2021 bis 31.03.2023 befristete Einrichtung von folgenden Stellen:

Förderbaustein 1

- 1,0 E 13 TVöD bzw. A13 Lg. 2, 2. Eingangsam LBesG NRW (Leitung und Strategischer Overhead)
- 1,5 S17 TVöD S (Strategische Steuerung Integration Zugewanderte in den Arbeitsmarkt)
- 0,5 A7 LBesG NRW (Assistenz)

Förderbaustein 2

- 1,0 S15 TVöD S (Mitarbeit Strategische Steuerung Beratungslandschaft für Zugewanderte/ Case Management in Köln und operative Koordination der Case-Manager*innen)

Für die vorzeitige Besetzung ab dem 01.05.2021 werden bis zum Inkrafttreten des Haushalts 2022 verwaltungsintern entsprechende Verrechnungsstellen bereitgestellt.

Begründung der Dringlichkeit

Aufgrund der umfangreichen verwaltungsinternen Abstimmungen kann die Vorlage nicht fristgerecht in den Beratungsgang eingebracht werden. Eine Beschlussfassung in der Sitzung des Rates am 06.05.2021 ist erforderlich, da der Förderbescheid des Landes bereits vorliegt und der Projektstart auf den 01.05.2021 festgelegt ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

5.7 Fortsetzung der Gemeinwesenarbeit in den bestehenden Quartieren auf der Basis des neu entwickelten Förderprogramms 0949/2021

Frau RM Gärtner plädiert dafür, dass die Vorlage in den Finanzausschuss kommen solle.

Herr RM Detjen wirft ein, dass dies die Kompetenz des Sozialausschusses sei und man könne dies eventuell als Mitteilung an den Finanzausschuss geben. Er möchte die Kompetenz nicht abgeben.

Frau RM Hoyer bemerkt, dass sie bei der Besprechung der Tagesordnung bereits darauf hingewiesen habe, dass dieser Beschluss sehr kurzfristig in den Ausschuss gekommen sei und sie deshalb darum gebeten habe, diese Vorlage ohne Votum weiterzuschieben.

Herr RM Erkelenz betont, dass keine Kompetenz abgegeben werde. Die Kompetenz in diesem Falle habe der Rat. Es könne nicht schaden, dass auch der Finanzausschuss nochmal mit eingebunden werde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt die Fortsetzung der Förderung der Gemeinwesenarbeit in den fünf Quartieren Kalk Nord, Holweide-Ost, Siedlung Am Donewald, Neu-Bocklemünd und Westend vom 01.07.2021 bis zum 30.06.2025.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die genannten Quartiere ab dem 01.07.2021 in das neu entwickelte Förderprogramm Gemeinwesenarbeit zu integrieren.

Abstimmungsergebnis:

Mit der Maßgabe den Finanzausschuss in die Beschlussfolge mit aufzunehmen, mit den Stimmen von den Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen, CDU, Volt und FDP bei Enthaltung von SPD, **in die nachfolgenden Gremien verwiesen.**

6 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

**6.1 Förderkonzept Kulturelle Teilhabe
0517/2021**

Herr RM Rudolph gibt zu Protokoll, dass in der nächsten Woche auch die Stadt AG LST über diese Vorlage beraten werde und es dazu einen Änderungsantrag geben werde, so dass Spielorte durch Veranstaltungsorte ersetzt werden solle. Dies sei im Interesse der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Ausschuss für Kunst und Kultur wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur beschließt das beigefügte Förderkonzept Kulturelle Teilhabe. Das Förderkonzept Interkultur aus dem Jahr 2008 wird von dem Förderkonzept Kulturelle Teilhabe abgelöst und geht darin auf. Die hinterlegten Budgets für den Bereich Diversity und Interkultur bleiben davon unberührt in ihrer Zweckbestimmung bestehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt.**

7 Wohnen

**7.1 Förderung von Wohnraum mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahr 2020 und Ausblick auf 2021
0214/2021**

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm weist darauf hin, dass **TOP 7.1** „Förderung von Wohnraum“ und **TOP 7.4** „Änderung der Wohnraumförderung“ zusammenbehandelt werden sollen.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Zur Kenntnis genommen.

**7.2 Kölner Statistische Nachrichten 11/2020
Mietbelastung in Köln -
Über die Entwicklung der Mietbelastung auf dem Kölner Wohnungsmarkt
3692/2020**

Zur Kenntnis genommen.

**7.3 Halbjahresbericht zur Zweckentfremdung von Wohnraum in Köln
0769/2021**

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm weist darauf hin, dass **TOP 7.3** „Halbjahresbericht zur Zweckentfremdung von Wohnraum“ und **TOP 7.5** „Wohnraumstärkungsgesetz NRW“ zusammenbehandelt werden sollen.

Er lenkt die Aufmerksamkeit der Verwaltung auf den zeitlichen Aspekt und bittet die Verwaltung im Falle, dass etwas beschlossen werden sollte, dem Ausschuss frühzeitig eine Vorlage vorzulegen. So könne der Ausschuss sich in Ruhe einlesen und die Vorlage könne in der nächsten Sitzung am 27.05.2021 behandelt und in der Ratssitzung am 24.06.2021 beschlossen werden.

Herr Ludwig bedankt sich für diesen Hinweis und antwortet, dass die Verwaltung versuche, die Vorlage sicherzustellen. Zum jetzigen Zeitpunkt sei die Verwaltung mit einem Entwurf der neuen Satzung in der Diskussion mit dem Rechtsamt. Sobald die Diskussion abgeschlossen sei, werde die Vorlage voraussichtlich rechtzeitig für den Ausschuss zur Beratung vorliegen.

Frau RM Heuser betont, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen es sehr begrüße, dass es eine Anzeige- und Registrierungsverpflichtung geben sollte. Dies sei ein Meilenstein.

Herr Ludwig erklärt, dass auch die Verwaltung dies befürwortete. Aus seiner langjährigen beruflichen Erfahrung müsse er allerdings dem Ausschuss ein wenig die Hoffnung nehmen, dass man zum 01.07.2021 mit einem Portal am Start sein werde. Er berichtet, dass das Land NRW ein landesweites zweites Portal für die Registrierung implementieren möchte, ganz im Sinne der Verwaltung. Es gebe eine Arbeitsgruppe, in der auch die Stadt Köln vertreten sei. Trotzdem sei er sehr skeptisch, dass bereits in wenigen Monaten, etwas am Start sei, was auch funktioniere.

Im Wohnraumstärkungsgesetz sei zudem eine Übergangsfrist von einem Jahr für die Implementierung einer solchen Plattform vorgesehen. Er weist darauf hin, dass in der Übergangszeit keine händische Ausgabe der Registrierungsnummer erfolgen werde, da dies personell nicht zu bewältigen sei.

Zur Kenntnis genommen.

**7.4 Änderungen der Wohnraumförderung 2021
1027/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**7.5 Wohnraumstärkungsgesetz NRW erfordert Anpassung der Kölner Wohnraumschutzsatzung
1176/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**7.6 Umbau der Unterbringungseinrichtung Herkulesstraße
0902/2021**

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm erläutert, dass **TOP 7.6** „Umbau der Unterbringungseinrichtung Herkulesstrasse“ und **Top 10.1** „Unterbringung in abgeschlossenen Wohneinheiten“, wie vor Eintritt in die heutige Tagesordnung besprochen, zusammen behandelt werden und gibt das Wort an Herrn Detjen.

Herr RM Detjen weist auf einen Pressebericht zu dieser Vorlage hin. In diesem Bericht haben sich viele politische Stimmen für eine Schließung der Herkulesstrasse ausgesprochen. Er fragt, ob die Verwaltung diesem Wunsch zeitnah nachkomme. Zudem möchte er wissen, ob Herr Ludwig im Arbeitskreis Politik gesagt habe, dass die Herkulesstrasse nicht die letzte Notunterkunft sei, die geschlossen werde.

Herr Ludwig erklärt, dass er sich ausdrücklich an den in der vorletzten Ratssitzung gefassten Beschluss halte und das es seine Aufgabe sei, innerhalb der nächsten vier Jahre alle Einrichtungen mit nicht abgeschlossenen Wohneinheiten vom Markt zu entfernen. Dies werde er einhalten. Auf die Frage, ob er die Herkulesstrasse als letzte schließen werde, antwortet er, dass ihm daran gelegen sei, für den Personenkreis, der zurzeit in der Herkulesstrasse untergebracht ist, wie unerlaubt Eingereiste, die weitergeleitet werden und Personen, die zugewiesen worden, die nach einer kurzen Orientierungsphase dann in abgeschlossenen Wohneinheiten gehen, an anderen Stellen in abgeschlossenen Wohneinheiten unterbringen zu können. In der Herkulesstrasse gebe es sehr viele medizinische Angebote, die gut seien und er nicht einfach verlieren möchte. Von daher sei ein gewisses Maß an Vorplanung für die weitere Vorgehensweise von Nöten. Wenn diese Vorplanung abgeschlossen ist, sei es durchaus denkbar, dass die Herkulesstrasse nicht die letzte Einrichtung mit nicht abgeschlossenen Wohneinheiten ist, die aufgegeben werde.

Stand heute müsse eine Einrichtung als Ersatz für die Herkulesstrasse gefunden werden, die abgeschlossene Wohneinheiten habe. Dies stelle er sich persönlich zurzeit in den großen Containeranlagen der letzten Generation vor. In diese Richtung würden die Überlegungen zurzeit gehen. Die sinnvollen Angebote, die in der Herkulesstrasse vorhanden seien, wie medizinischer Art, Kinderbetreuung, etc., müssen dann umquartiert werden. Da die Unterkunft, die ihm vorschwebte, momentan nicht vom DRK betreut werde, müsse man mit Trägern sprechen. Wünschenswert sei hier wieder der Träger DRK, aufgrund der Expertise.

Herr RM Paetzold merkt an, dass die Herkulesstrasse ein marodes Bauwerk sei und nicht alle aufgeführten Kosten Umbaukosten seien, sondern schlichtweg Sanierungskosten.

Herr Ludwig erklärt, dass die Herkulesstrasse mit einer anderen Intention, als mit der Unterbringung von Geflüchteten, erbaut worden sei. Es sei ein Bürobau, der Jahrzehnte alt sei. Wenn aus diesem Bürobau abgeschlossene Wohneinheiten erstellt werden sollen, müsse nach heutigem Standard gebaut werden. Auch dies mache den Umbau teuer. Zudem müssen Versorgungsleitungen, die in Büros anders angeordnet seien als in Wohnungen, umgelegt werden. Von daher seien die 70 Mio. eine erste Schätzung seines Baubereiches. Er habe sich hier einen teuren Gutachter gespart, der aber zu einem ähnlichen oder noch höheren Ergebnis gekommen wäre. Dieses Gebäude in abgeschlossene Wohneinheiten umzubauen, sei wirtschaftlich nicht darstellbar.

Zur Kenntnis genommen.

8 Jobcenter Köln

8.1 Bericht des Jobcenter Köln - Stand April 2021 1132/2021

Frau SE Schmerbach fragt zu Punkt 4 „Teilhabechancengesetz“, wie hoch der Anteil der Menschen mit Behinderungen sei, die unter § 16 i fallen.

Frau RM Heuser nimmt Bezug zur Anlage 3 und dem Kundenreaktionsmanagement. Hier würden Gründe für Beschwerden aufgeführt, wie beispielsweise an erster Stelle die Bearbeitungszeit und an zweiter Stelle Verständlichkeit der Schreiben und Bescheide. Es sei erneut sichtbar geworden, dass die Formulierung einfacher werden müsse, insbesondere an den Stellen, wo man auch barrierefreier werden möchte. Beim Ziel Monitoring werde das Jobcenter mit mehr Leistungsbeziehern rechnen, dies schlage sich aber in den KdU nicht nieder. Hier fragt sie, ob dies so sein könne.

Frau Würker weist darauf hin, dass sie den Anteil der Behinderten zum Protokoll nachreichen werde.

Weiter erläutert sie, dass Frau Heuser ihr in Bezug auf die Sprache aus der Seele spreche. Übernächste Woche seien bundesweit alle Jobcenter zum Tag des Jobcenters eingeladen. Sie werde auf dem Podium sitzen, u.a. mit dem Thema, dass die Jobcenter einfacher in der juristischen Komplexität werden müssen, um Menschen verständlicher zu machen, was diese eigentlich vom Jobcenter bekommen. Man könne die Begrifflichkeiten erklären, aber leider so nicht bescheiden. An den Stellen, wo das Jobcenter nicht weisungsgebunden sei, versuche das Jobcenter einfachere und leichtere Sprache zu nutzen. Sie verweist auf den neuen Internetauftritt, wo man bereits versuche, einfacher und barrierefrei zu sein.

Beim Ziel Monitoring gebe es einen Planungsstand aus dem Oktober 2020, wo man noch optimistisch davon ausgegangen sei, dass im Frühjahr der Aufschwung am Arbeitsmarkt komme. Man wolle auch bewusst positive Aussichten an die Mitarbeiter geben, für positive Kunden*innengespräche. Gleichzeitig würde die KdU immer erst am Ende des Jahres prognostiziert. Was in der Abbildung zu sehen sei, seien nun nicht die berechneten Daten aus der damaligen Planung, sondern man gehe nun davon aus, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften in diesem Jahr weiter ansteigen werde.

Nachgereichte Beantwortung des Jobcenters, bzgl. der Frage zur Anzahl der Förderfälle gem. §16i SGB II der Personen mit anerkannter Schwerbehinderung :

Im Rahmen des Teilhabechancengesetzes sind seit Einführung 1.468 Arbeitsverträge gefördert worden. 1.176 davon entfallen auf § 16i Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II), 292 auf § 16e SGB II.

Im Jahr 2021 konnten mit Stand vom 14.04.2021 28 Menschen über § 16e SGB II gefördert werden, sodass aktuell 188 Menschen in laufender Beschäftigung sind. Über § 16i SGB II konnten 2021 bislang 146 Menschen gefördert werden, sodass aktuell 774 Arbeitnehmer*innen über diese gesetzliche Grundlage gefördert werden. Von den 1.176 Personen haben 80 eine anerkannte Schwerbehinderung. Dies entspricht 7%.

Zur Kenntnis genommen.

8.2 Bericht des Jobcenter Köln - Stand Februar 2021 0550/2021

Frau SE Schmerbach fragt nach den Änderungen in Bezug auf die DIMA.

Frau Würker erklärt, dass dies eine Organisationsentscheidung sei. Es werde weiterhin ein Fallmanagement geben. Sie betont, dass keine Stellen wegfallen und es werde weiterhin eine kompetente Ausbildung geben, die die Kolleg*innen auch bisher genossen haben. Man möchte dies anders organisieren. Zudem wolle man eine größere Fallmanagementstruktur haben für mehr Kund*innen als bisher.

Zur Kenntnis genommen.

9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

9.1 31. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln 0980/2021

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Tagesordnung des Ausschusses Soziales und Senioren in die nächste Sitzung am 27.05.2021 **geschoben**.

9.2 Jahresbericht 2020 der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln 1207/2021

Zur Kenntnis genommen.

10 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Unterbringung in abgeschlossenen Wohneinheiten AN/0479/2021

Durch Beantwortung **erledigt**.

Beantwortung der Anfrage: Unterbringung in abgeschlossenen Wohneinheiten 1015/2021

Zur Kenntnis genommen.

10.2 Reichweite des Köln-Passes AN/0575/2021

Herr Detjen zeigt sich irritiert, dass die Anträge für den Köln-Pass deutlich runtergegangen seien, um 20.000. Interessanterweise seien die Anträge für Kinder-Zuschläge angestiegen. Natürlich könne man dies nun mit der Pandemie erklären. Er fragt, ob dies eine langfristige oder nur kurzfristige Entwicklung sei.

Frau Dr. Robinson erklärt, dass dies auch der Verwaltung aufgefallen sei. Man gehe davon aus, dass pandemiebedingt das Interesse an Veranstaltungen teilzunehmen, nicht so groß sei. Gleichwohl werde die Frage mit dem Jobcenter und anderen Ämtern aufgegriffen, um Verbesserungspotentiale zu erkennen. Es sollen vor allem noch einmal die Bewerbungen nach vorne gebracht werden, so dass man wieder gut aufgestellt sei, wenn die Pandemie vorbei ist.

Durch Beantwortung **erledigt**.

**Beantwortung der Anfrage: Reichweite des Köln-Passes (AN/0575/2021)
1301/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**10.3 Anfrage zur Ausbildung von Menschen mit Schwerbehinderung bei der Stadt Köln
AN/0666/2021**

Die Beantwortung steht aus.

**10.4 Anfrage zum Sachstand zur Umsetzung des Beschlusses zur Einrichtung eines Run-
den Tisches Pflege
AN/0734/2021**

Die Beantwortung steht aus.

**10.5 Beantwortung zum Thema: Schaffung eines Bau-, Qualitäts- und Ausstattungsstan-
dards im konventionellen Wohnungsbau durch das Amt für Wohnungswesen
0359/2021**

Zur Kenntnis genommen.

11 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen

**11.1 Anfrage von der SPD Fraktion: Häusliche Gewalt im Corona-Herbst: Maßnahmen zur
Umsetzung der Istanbul-Konvention
AN/1504/2020**

Durch Beantwortung erledigt.

**Beantwortung der Anfrage: Häusliche Gewalt im Corona-Herbst: Maßnahmen zur
Umsetzung der Istanbul-Konvention (zu AN/1504/2020)
0047/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**11.2 Anfrage der Fraktion Volt: Winterhilfe und Schlafstätten für wohnungslose Menschen
AN/1521/2020**

Durch Beantwortung erledigt.

**Beantwortung der Anfrage: Winterhilfe und Schlafstätten für Wohnungslose Men-
schen (AN/1487/2020)
0052/2021**

Frau RM Glashagen erläutert, dass die Beantwortung noch einige Fragen offen lasse und dass sie noch Fragen nachreichen werde.

Zur Kenntnis genommen.

**Beantwortung der mündlichen Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Beantwortung der Anfrage Winterhilfe und Schlafstätten für Wohnungslose Menschen (AN/1487/2020)
0742/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**11.3 Anfrage der Ratsgruppe GUT: Personelle Besetzung Wohngeldstelle
AN/0046/2021**

Durch Beantwortung erledigt.

**Beantwortung der Anfrage: Personelle Besetzung Wohngeldstelle
0092/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**11.4 Anfrage der SPD Fraktion: Armut in Corona-Zeiten: Obdachlosigkeit, drohender Wohnungsverlust, Zwangsräumungen, Beschäftigungsentwicklung, ALG-II-Beantragungen
AN/1503/2020**

Durch Beantwortung erledigt.

**Beantwortung der Anfrage: Armut in Corona-Zeiten: Obdachlosigkeit, drohender Wohnungsverlust, Zwangsräumungen, Beschäftigungsentwicklung, ALG II-Beantragungen (AN/1503/2020)
0044/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**11.5 Anfrage der Fraktion Die Linke: Kürzungen bei den Kosten der Unterkunft in Köln
AN/0027/2021**

Durch Beantwortung erledigt.

**Beantwortung der Anfrage: Kürzungen bei den Kosten der Unterkunft in Köln (Anfrage der Fraktion Die Linke AN/0027/2021)
0306/2021**

Herr RM Detjen erläutert, dass 100 Euro über dem Mietrichtwert der normalen Kosten noch akzeptiert werde. Er fragt, ob es denkbar sei, dass das Jobcenter diesen Betrag noch etwas höher ansetzen könne, auf Grundlage der aktuellen Mietentwicklung.

Frau Würker weist darauf hin, dass das Jobcenter in dieser Sache nicht Weisungsgeber sei. Die Mietentwicklung sei Weisungssache der Stadt Köln, insofern seien sie nur Umsetzer.

Allerdings sei es in der momentanen Situation so, dass man sehr umsichtig sei und erst nach Prüfung, ob es überhaupt möglich ist, einen anderen Wohnraum zu finden, auf andere Wohnungen verweise.

Zur Kenntnis genommen.

**Beantwortung der Nachfrage von Bündnis 90 Die Grünen zur Beantwortung: Kürzungen bei den Kosten der Unterkunft (Nachfrage zu 0306/2021 aus TOP 11.5 der Sitzung am 25.02.2021)
0760/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**11.6 Beantwortung einer mündlichen Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen: Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden, Baubeschluss (1898/2020)
0264/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**11.7 Beantwortung der mündlichen Fragen von Volt zu TOP 1.1: Corona-Pandemie: Auswirkungen auf die Gleichstellung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen aus der Sitzung vom 14.01.2021
0642/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**11.8 Beantwortung der mündlichen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Inklusionsbericht 2019
0633/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**11.9 Beantwortung der mündlichen Anfrage der SPD-Fraktion zum Inklusionsbericht 2019 (2285/2020)
1130/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**11.10 Beantwortung der mündlichen Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 3.4 und TOP 14.5 zur abgesagten Sitzung vom 25.02.2021
0745/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**11.11 Beantwortung von Anfragen zur Vorlage "Inklusionstaxen in Köln" DSNr. 1098/2020 aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 28.05.2020
1011/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**11.12 Beantwortung der Nachfrage von der SPD zu TOP 9.1. der 01. Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 14.01.2021 - 30. Bericht zur Situation Geflüchteter (3305/2020)
1266/2021**

Zur Kenntnis genommen.

11.13 Beantwortung der Fragen von der SPD zu TOP 11.1 der 01. Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 14.01.2021 - Beantwortung der Anfrage Wohnungslosigkeit zielgruppenorientiert und bedarfsgerecht entgegenwirken (3672/2020) 1273/2021

Zur Kenntnis genommen.

12 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

13 Mündliche Anfragen

Herr RM Paetzold kündigt an, dass die SPD-Fraktion mündliche Fragen schriftlich einreichen werde.

14 Mitteilungen

14.1 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2021" 0153/2021

Zur Kenntnis genommen.

14.2 Jahreszahlen zur Versorgung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) in 2020 in der Stadt Köln 0186/2021

Zur Kenntnis genommen.

14.3 Standards für barrierefreie Spielplätze 3561/2020

Zur Kenntnis genommen.

14.4 Verteilung von Mitteln zur Förderung anerkannter Interkultureller Zentren in 2021 0374/2021

Zur Kenntnis genommen.

14.5 Neuer Kölner Mietspiegel (Stand: Februar 2021) 0469/2021

Zur Kenntnis genommen.

14.6 Aktualisierte Dokumentation zur Anpassung der Angebote/Programme der offenen Seniorenarbeit an die Corona-Pandemie - Gemeinsame Darstellung der AG der Spitzenverbände der freien Wohlfahrt Köln mit der Sozialbetriebe-Köln gGmbH 0486/2021

Zur Kenntnis genommen.

14.7 Wahl der Seniorenvertretung der Stadt Köln 2021 0353/2021

Frau RM Gärtner erläutert, dass sie aus den unterschiedlichen Regelungen die Fristen errechnen könne, möchte aber die Verwaltung bitten, dass sie rechtzeitig z.B. die Fristen zur Einreichung dieser Unterschriftenlisten der Kandidaten und auch andere Fristen zu einen der nächsten Sitzungen mitteilen und dass diese auch veröffentlicht werden.

Herr Beigeordneter Dr. Rau nimmt die Bitte mit.

Zur Kenntnis genommen.

**14.8 Respektvoll, diskriminierungsfrei und zugewandt: Leitfaden für eine wertschätzende Kommunikation bei der Stadt Köln
0409/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**14.9 Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Abschiebungen ausreisepflichtiger Personen im Jahr 2020
0661/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**14.10 Evaluierungsbericht des Sachstandsbericht der Stadt Köln zum 10-Punkte-Aktionsplan der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus
0632/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**14.11 Wegweiser "Selbsthilfegruppen in Köln" Ausgabe 2020
3387/2020**

Zur Kenntnis genommen.

**14.12 Mittelbewirtschaftung im Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) Sachstand 2020
0917/2021**

Herr RM Detjen merkt an, dass es in den letzten Jahren immer wieder gelungen sei, mehrere Millionen Euro Bundes-Teilhabemittel vom Bund zu bekommen. Nun habe es im letzten Jahr einen Stillstand gegeben. Dies hinge sicherlich auch mit der Pandemie zusammen. Er schlägt vor, dass man sich in den nächsten Monaten zusammensetze, um zu überlegen, was man hier noch anstoßen könne.

Als Zweites möchte er gerne über das kostenlose Mittagessen für die Kinder, die Anspruch darauf haben, sprechen. Hier sei die Bundesregelung geändert worden, insofern dass es auch in der Pandemiezeit, insbesondere im Lockdown, möglich sei, das Essen zu liefern. Nach intensiven Gesprächen, die er mit Caterern geführt habe, würden nur 25% der Kinder diese Möglichkeit der Belieferung nutzen. Dies liege nicht an der Verwaltung oder an den Schulen, sondern es liege daran, dass die Daten, die die Caterer benötigen würden, wie die Anschriften der Kinder, nicht den Caterern vorliegen. Die Eltern müssen sich beim Caterer einloggen und dort die Anschriften eintragen. Er fragt nach, ob die Verwaltung durch unbürokratische Maßnahmen, wie beispielsweise, dass die Schulen den Eltern die Chance noch einmal erklärten oder ähnliches, dieses Thema offensiver unterstützen könne.

So könne man den Kindern als auch den Caterern helfen.

Frau Dr. Robinson nimmt den Vorschlag, dies noch einmal zu bewerben, gerne mit. Die Verwaltung habe sich viele Gedanken dazu gemacht. Leider stehe hier die Europäische Datenschutzgrundverordnung im Wege.

Zur Kenntnis genommen.

**14.13 Sachstandsmitteilung Kriminalprävention
0692/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**14.14 Aktueller Sachstand zum städtischen Projekt HappyToilet
3136/2020**

Zur Kenntnis genommen.

**14.15 Projekt Integrationslots*innen - hier: neuer Träger In-Haus e.V.
0237/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**14.16 Vorstellung des zweiten Berichts zur Kommunalen Pflegeplanung der Stadt Köln
nach dem Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW)
0946/2021**

Frau RM Gärtner betont, dass der Bericht zur kommunalen Pflegeplanung ein sehr wichtiger Bericht sei, der auch riesige Defizite im Bereich der Pflege, sowohl ambulant als auch stationär, aufzeige. Dies sei besorgniserregend. Es gebe noch viel Arbeit in der Verbesserung der Versorgungssituation. Es sei ein Anliegen der CDU-Fraktion, dass dieser Bericht erneut auf die Tagesordnung zur Beratung komme. Sie äußert den Wunsch, dass die Verwaltung dem Ausschuss einmal darstellen möge, wie es hier weiter gehen solle, wie z.B. man auf Träger zugehe oder welche Maßnahmen hier angegangen werden sollen oder in der Überlegung seien.

Herr Vorsitzender Bauer-Dahm erwähnt, dass Herr Dr. Engels diesen Bericht gerne in der nächsten Sitzung vorstellen möchte.

Frau RM Gärtner merkt an, dass es nun interessant sei zu erfahren, wie man nun mit dem Bericht umgehen werde.

Im Rahmen der Beschlussfassung der Tagesordnung des Ausschusses Soziales und Senioren in die nächste Sitzung am 27.05.2021 **geschoben**.

**14.17 Landesprogramm "Guter Lebensabend NRW"
1321/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**14.18 Bericht zu Sexarbeit und spezifischen Hilfsangeboten für Sexarbeitende in Köln 2021
1347/2021**

Herr RM Rudolph bittet die Verwaltung, die Vorlage auch auf die Tagesordnung der Stadt AG LST zu setzen.

Im Rahmen der Beschlussfassung der Tagesordnung des Ausschusses Soziales und Senioren in die nächste Sitzung am 27.05.2021 **geschoben**.

II. Nichtöffentlicher Teil

Es liegen keine Punkte für den nichtöffentlichen Teil vor.

Bauer-Dahm, Vorsitzender

Rieckborn, Schriftführerin